

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Glaser

1945: Die Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft

Manfred Funke

1945: Ein Fragment namens Deutschland

Prägekräfte im Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn

Thomas Lutz

Historische Orte sichtbar machen  
Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland

Bert Pampel

Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“?

Kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945  
für die „Aufarbeitung“ nach 1989 Lehren ziehen?

B 1–2/95  
6. Januar 1995

Hermann Glaser, Dr. phil., geb. 1928; Honorarprofessor für Kulturvermittlung an der Technischen Universität Berlin; von 1956 bis 1990 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg. Mitglied des PEN; Vorsitzender des Deutschen Werkbundes.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit J. Lehmann und A. Lubos) Wege der deutschen Literatur (2 Bände); Spießler-Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert; Spurensuche. Deutsche Familienprosa; Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (3 Bände); Behagen und Unbehagen in der Kulturpolitik; Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland; Industriekultur und Alltagsleben. Vom Biedermeier zur Postmoderne.

Manfred Funke, Dr. phil., geb. 1939; Professor am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn.

Veröffentlichungen zu den Bereichen Weimarer Republik, Drittes Reich, Totalitarismus, Faschismus, Extremismus, Terrorismus, Friedensforschung, Sicherheitspolitik; zuletzt: Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen, Düsseldorf 1989; (Hrsg. zus. mit Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz) Deutschland zwischen Krieg und Frieden, Bonn-Düsseldorf 1991; (Hrsg. zus. mit Karl Dietrich Bracher und Hans-Adolf Jacobsen) Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn-Düsseldorf 1992. Von der Spaltung zur Einheit 1945-1990. Eine Deutsche Chronik in Texten und Bildern, Bonn 1992 (hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).

Thomas Lutz, geb. 1957; Studium der Fächer Politik, Geschichte und Sport, zweites Staatsexamen für das Lehramt. 1983 bis 1993 Mitarbeiter der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste; Aufbau des Gedenkstättenreferates. 1993 Wechsel zur Stiftung Topographie des Terrors, Berlin; dort zuständig für die Koordination von Gedenkstätteninitiativen, u. a. durch die Redaktion des „Gedenkstätten-Rundbriefs“ sowie Durchführung von Seminaren zum Meinungsaustausch und zur Fortbildung für im Gedenkstättenbereich Tätige. Mitglied der Expertenkommission zur Neugestaltung der Gedenkstätten im Land Brandenburg; Vorsitzender des Beirats der Stiftung brandenburgische Gedenkstätten; Mitglied des wissenschaftlichen Beirats für Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen.

Veröffentlichungen u. a.: (Mithrsg.) Zur Arbeit in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Ein internationaler Überblick, Berlin 1988; (Mitred.) Über-Lebens-Mittel. Kunst aus Konzentrationslagern und in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Marburg 1992; (Mitred.) Praxis der Gedenkstättenpädagogik. Erfahrungen und Perspektiven, Leverkusen 1995.

Bert Pampel, geb. 1967; Student der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## 1945: Die Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft

Am 1. Januar 1945 schrieb eine nach Endorf im Chiemgau evakuierte Münchnerin in ihr Tagebuch: „Ein neues Jahr hat angefangen. Ein schweres, entscheidungsbringendes Jahr.“ Von den zehn Jahren seit ihrer Heirat seien sechs Jahre Krieg gewesen. Glücklicherweise wäre sie, wenn ihr Mann am Samstagnachmittag aus der Stadt kommen könnte: „oft mit sehr müden Schritten, den unentbehrlichen Rucksack auf dem Rücken... unruhig, gehetzt und vertrieben sind die Menschen. Und jeder hat heute zum Neuen Jahr nur den einen Wunsch: Frieden, Frieden.“<sup>1</sup>

Das war wahrlich ein frommer Wunsch; nur wenige haben ihn damals offen ausgesprochen, denn er lag völlig konträr zu dem fanatischen Kampfeswillen, den die Nationalsozialisten, allen voran Adolf Hitler, lauthals verkündeten. In seinem Aufruf zum Jahreswechsel an das deutsche Volk – „Deutsches Volk, Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, meine Volksgenossen“ (auf die sonst übliche Anrede „Parteigenossen“ verzichtete der ‚Führer‘) –, in dieser letzten Neujahrsrede Hitlers wird weiterhin mit monomaner Geschwätzigkeit ein erfolgreiches Kriegsende suggeriert: „... nicht durch die deutsche Kapitulation, denn diese wird nie kommen, sondern durch den deutschen Sieg!“<sup>2</sup> Im Reichspropagandaministerium konstatierte man mit Zufriedenheit eine positive Resonanz der Rede, vor allem in den Westgauen; diese habe ‚hundertprozentig‘ die Menschen aufgerüttelt und deren Herzen für die deutsche Sache begeistert. In der Ansprache des Führers sei besonders aufgefallen, daß er mit sehr siegessicherer Zuversicht das Volk ermutigt habe<sup>3</sup>.

Wenn das neue Jahr wirklich Frieden bringen würde, wie es sich die evakuierte Münchnerin ersehnte: Wer würde zu den Überlebenden gehören? Die vom Großdeutschen Rundfunk inszenierte Silvestersendung konnte das Gefühl nicht

übertönen, daß das Inferno bevorstehe. Die Untergangsstimmung war besonders stark in den Städten ausgeprägt, über die gleich zu Jahresbeginn neue, von Bombenangriffen entfachte Feuerstürme hinwegrasten. Die vom Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 ausgegebene Losung: „Ich frage euch: Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?“<sup>4</sup> – diese die letzte propagandistische Schamgrenze aufhebende, aber aufgrund ihrer Rhetorik von der Masse der Bevölkerung begeistert begrüßte Aufforderung zu rücksichtsloser Vernichtung sollte sich im Jahr 1945 voll, freilich gegenteilig, erfüllen: Für Deutschland und die Deutschen waren ‚letzte Tage‘ angebrochen.

---

### Feuerstürme

---

Der Journalist Fritz Nadler, der sah, „wie Nürnberg unterging“ (bei einem englischen Brandbomben-Angriff am 2. Januar 1945), berichtet, daß man mit dunklen Vorahnungen in der noch fast völlig intakten Stadt ins neue Jahr gegangen sei – 335 Alarmlaute und 430 öffentliche Luftwarnungen hatte man schon erlebt. Als dann am ersten Werktag im neuen Jahr mächtige Bombenverbände von zwei Richtungen her ins Reichsgebiet eingeflogen seien und sich immer mehr dem Stadtgebiet näherten, gab es keine Zweifel mehr: Der konzentrierte Angriff auf Nürnberg stand unmittelbar bevor, das Unheil war unterwegs:

„Um 18.33 heulen die Sirenen: ‚Alarm...!‘ – Die Straßenpassanten erstarren vor Furcht. Eine wilde, tolle Flucht beginnt. Die Geschäfte, die Lokale, die Theater leeren sich. Zehn Minuten später, um 18.43 Uhr, gellt das Stichwort ‚Toni – Berta‘ durch den Äther. Nun zweifelt keiner mehr, jetzt weiß jeder, was es geschlagen hat: Nürnberg ist an der Reihe. Nun gibt es für die Passanten keine Hemmung mehr. Alles rennt, flüchtet...! Die Ordnung hat aufgehört, Männer und Frauen, Kinder und Greise, Soldaten aller Rangstufen und uniformierte Parteileute stapfen, stürzen, stolpern,

*Der Text beruht auf einigen gekürzten Auszügen aus dem Buch des Autors, das im April 1995 im S. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, erscheint: „1945 – Ein Lesebuch“.*

1 Zit. nach Klaus-Jörg Ruhl (Hrsg.), Deutschland 1945. Alltag zwischen Krieg und Frieden in Berichten, Dokumenten und Bildern. Darmstadt-Neuwied 1984, S. 11.

2 Zit. nach Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Bd. II: Untergang (1939–1945), Würzburg 1963, S. 2180.

3 Vgl. K.-J. Ruhl (Anm. 1), S. 15f.

4 Zit. nach M. Domarus (Anm. 2), S. 2188.

rasen... durch die Straßen. Es herrscht tiefe Finsternis... Vor den Bunkern... hier, wo sich die Menschen in Massen stauen, hat alle menschliche Rücksichtnahme aufgehört. Es findet sich kaum jemand, der Frauen mit Kindern, Greisen und Hilfsbedürftigen beisteht. Jeder ist sich in diesen schreckhaften, für das eigene Leben entscheidenden Schreckminuten selbst der Nächste. Man hört schon das Gebrumm der Bomber, man glaubt sogar zu fühlen, daß die Luft zittert.“<sup>5</sup>

521 Bomber der britischen Royal Air Force warfen 1825 Tonnen Sprengbomben und 479 Tonnen Brandbomben. Die Stadt wurde zu einer Brandfackel. 29 500 Wohnungen wurden allein bei diesem Angriff zerstört; 100 000 Menschen waren obdachlos geworden. Mindestens 1790 Frauen, Männer und Kinder überlebten den Angriff nicht. Die Zahl der Opfer war angesichts der Schwere des Angriffes relativ gering, da genug Schutzräume vorhanden waren (vor allem die tiefen Felsenkeller unter dem Burgberg boten 20 000 Menschen Schutz); außerdem hatten von den 260 000 Einwohnern bereits 140 000 die Stadt verlassen.

Erschreckend hoch war die Zahl der Opfer beim Bombenangriff auf Dresden am 13. Februar 1945; mindestens 35 000 Menschen sind in der mit Flüchtlingen überfüllten Stadt umgekommen, als sie durch zwei Nachtangriffe (773 Bomber) und einen Tagesangriff (311 Bomber) völlig zerstört wurde. Andere Schätzungen sprechen von 40 000 bis 60 000 Todesopfern. Es handelte sich um den furchtbarsten Schlag des ganzen Krieges gegen die Zivilbevölkerung.

Nach dem Angriff notierte Ursula von Kardorff in ihr Tagebuch (Berlin, 15. Februar 1945): „Die Nachrichten aus Dresden sind so schauerlich, daß man sie einfach nicht glauben kann. Die Stadt war vollgestopft mit Flüchtlingen, erst als sie brannte, begannen die Sprengbomben zu fallen.“ Ihr Eintrag vom 12. März lautet: „Man hört grausige Schilderungen aus Dresden. Zehntausende von Toten, da die Stadt mit Flüchtlingen aus dem Osten überfüllt war. Die Lebenden nur noch damit beschäftigt, aus den Trümmern Leichen zu bergen. Die Engländer rühmten sich speziell, so viele Flüchtlinge getroffen zu haben. Eine Barbarei, die sich nicht mehr sonderlich von der unseren unterscheidet. Flüchtlinge, Alte, Mütter und Kinder mit Sprengbomben und Phosphorregen zu überschütten, sie zu verbrennen, zu verstümmeln und zu ersticken – das ist unmenschlich.“<sup>6</sup>

5 Fritz Nadler, „Ich sah wie Nürnberg unterging...!“ Tatsachenberichte und Stimmungsbilder aus bittersten Notzeiten, Nürnberg 1955, S. 12ff.

6 Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945, München 1994<sup>2</sup>, S. 293f.

---

## Militärischer Zusammenbruch

---

Wunderwaffen hatte die nationalsozialistische Führung auch noch für das Jahr 1945 angekündigt; sie würden das ‚Blatt des Krieges‘ wenden. Aber die seit Mitte Juni 1944 zum Einsatz gekommenen sogenannten „Vergeltungswaffen“ (die modernen Fernraketen V1 und V2, vorwiegend zum Bombardement von London verwendet) – sie lösten laut Goebbels einen Freudentaumel in der deutschen Bevölkerung aus – waren nicht mehr als ‚Nadelstiche‘ und wurden von den Engländern mit Gelassenheit hingenommen. Bis zum 31. Dezember 1944 wurden 13 714 Flugbomben abgeschossen, denen im Frühjahr 1945 nochmals 9 000 Flugbomben und 1 913 Raketen folgten; die letzte V2 detonierte am 27. März 1945 in London<sup>7</sup>.

Im Januar 1945 war die deutsche Ardennen-Offensive gescheitert. Hitler hatte im Westen größere Truppenverbände – unter Schwächung der Ostfront – mobilisieren können; er wollte nach Antwerpen, dem wichtigsten Nachschubhafen der Alliierten, vorstoßen und damit seinen Erfolg gegen Belgien – Frankreich vom Mai 1940 wiederholen. Zudem glaubte er, daß er dadurch die westöstliche Allianz ‚spalten‘ können. Nach Anfangserfolgen blieb die deutsche Offensive innerhalb weniger Tage stecken. Am 12. Januar 1945, als sie endgültig festgefahren war, begann die neue sowjetische Offensive: „Eine gewaltige Kriegsmaschinerie überrollte das ausgeblutete deutsche Ostheer zwischen der Memel und den Karpaten und drang in drei Wochen bis an die Oder vor. Eine riesige Menschenlawine schob die Rote Armee vor sich her, endlose Trecks von Flüchtlingen, voller Entsetzen angesichts des Zusammenbruchs der deutschen Ostfront, in panischer Angst vor den Racheakten der sowjetrussischen Truppen, vor Vergewaltigungen in kaum vorstellbarem Ausmaß, vor tausendfachem Mord und Deportationen. Das war die Vergeltung für die von Deutschen auf sowjetischem Boden 1941 bis 1944 begangenen Verbrechen, eine Reaktion auf den nationalsozialistischen Rassenwahn. Aber solche Exzesse begleiteten auch den Einmarsch der Roten Armee in Rumänien, Ungarn und den anderen, doch ‚befreiten‘ Ländern. Der Weltbürgerkrieg hatte, von der sowjetischen Kriegspropaganda verstärkt, alle Dämme brechen lassen.“<sup>8</sup>

Die letzten Tage der deutschen Wehrmacht waren angebrochen. Die Rote Armee begann ihren Marsch nach Berlin, wohin Hitler sein Führer-

7 Vgl. Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär, Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt am Main 1994, S. 69.

8 Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 756.

hauptquartier am 16. Januar verlegt hatte; am 19. Januar erreichte sie die schlesische Grenze, nicht viel später fiel den Russen das Industriegebiet Oberschlesiens unzerstört in die Hände.

Die westlichen Alliierten setzten knapp vier Wochen nach den Sowjets zum Sturm auf das Deutsche Reich an; nach wenigen Tagen schon mußten sich die deutschen Truppen hinter den Rhein zurückziehen. Köln wurde am 6. März 1945 erobert; einen Tag später fiel den Amerikanern die unzerstörte Eisenbahnbrücke bei Remagen in die Hand. „Sagt den Boys“, meinte der General der 3. US-Armee, George Smith Patton, „sie sollen einfach immer weiter vormarschieren. Ich glaube, dieser Krieg ist jetzt zu Ende. Ich möchte, daß meine Männer vorn sind und der Ruhm mit auf sie fällt.“<sup>9</sup> Doch die deutschen Truppen leisteten in allen Teilen des bald in einzelne „Kessel“ aufgespalteten Deutschland immer noch Widerstand, so daß das sinnlose Blutvergießen weiterging. Kassel wurde am 3. April, Nürnberg am 19. April, München am 29. April besetzt.

Am 25. April 1945 waren bei Torgau an der Elbe Truppen der 69. US-Infanterie-Division und der 58. Sowjetischen Gardedivision zusammengetroffen; am selben Tag wurde der Belagerungsring um Berlin geschlossen. Der Wehrmachtsbericht vom 1. Mai beschrieb die Frontlage: Im Stadtkern von Berlin verteidigte sich die um den Führer Adolf Hitler gescharte ‚tapfere Besatzung‘ auf verengtem Raum gegen die bolschewistische Übermacht; südlich der Reichshauptstadt stünde man in harter Abwehr gegen die pausenlos anrennenden Sowjets. In Nordwestdeutschland läge der Schwerpunkt der Kampfhandlungen zwischen Weser und Elbe. Aus dem Bayerischen Wald seien amerikanische Panzerverbände an Passau vorbei bis zur Donau vorgestoßen. In Oberbayern dränge der Feind von Regensburg weiter nach Süden vor. In Oberitalien würden sich die deutschen Divisionen nach Norden zurückkämpfen. Die heldenhaften Verteidiger von Breslau hätten wiederum alle Angriffe der Bolschewisten abgeschlagen<sup>10</sup>.

Allmählich begriffen die deutschen Generäle und Oberbefehlshaber, deren verantwortungslose Treue zu Hitler ein absurdes Ausmaß angenommen hatte, daß sie doch kapitulieren mußten – wenn sie sich selbst retten wollten (und das wollten sie natürlich; lediglich die Landser sollten weiterhin ‚verheizt‘ werden). So meldete zum Beispiel die von der amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung herausgegebene

„Frankfurter Presse“ am 3. Mai 1945, daß Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, der frühere deutsche Oberbefehlshaber an der Westfront, sich ergeben habe. Generalfeldmarschall Wilhelm List war in seinem Haus in Garmisch gefangengenommen worden, Feldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb in seinem Haus bei Füssen<sup>11</sup>. Während überall im Lande die Massengräber für die letzten Opfer der letzten Tage des Dritten Reiches ausgehoben wurden, setzten die meisten militärischen Repräsentanten des nationalsozialistischen Regimes auf ehrenvolle Behandlung durch den Feind. Wie es mit dem Ehrenkodex wirklich bestellt war, zeigte sich nicht nur darin, daß ungezählte Soldaten wegen sinnloser Durchhaltestrategien noch fallen mußten oder verwundet wurden, sondern der ‚tapfere Widerstand gegen den Feind‘ bis zuletzt ermöglichte es auch den SS-Schergen, nachdem sie schon Millionen von Menschen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern umgebracht hatten, weitere Verbrechen zu begehen.

---

## Terror

---

Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, hatte den Befehl gegeben, die Konzentrationslager bei Feindannäherung zu räumen und die Häftlinge in rückwärtige Lager zu überführen. Eine Aufstellung vom 15. Januar 1945 besagt, daß es damals im Reichsgebiet noch 714 211 Konzentrationslagerhäftlinge (511 537 Männer und 202 674 Frauen) gab; die Stärke der SS-Wachmannschaften betrug rund 40 000. „Wohl mindestens ein Drittel der über 700 000 im Januar 1945 registrierten Häftlinge kamen auf den strapaziösen Evakuierungsmärschen, in den wochenlang umherirrenden Transportzügen und (vor allem) in den völlig überfüllten Auffangslagern in den Monaten und Wochen unmittelbar vor Kriegsende ums Leben.“<sup>12</sup>

In Auschwitz hatte die Gestapo in der ersten Januarwoche 1945 angesichts der näherrückenden Roten Armee Vorkehrungen für die Evakuierung von über 65 000 Häftlingen getroffen, nachdem schon vorher zahlreiche Häftlinge in andere KZs ‚überstellt‘ worden waren. Am 18. Januar – das Geräusch fernen Artilleriefeuers war bereits zu hören – ordnete die SS die Gesamtevakuiierung des Lagers an. „Den ganzen 18. und 19. Januar hindurch brachen riesige Menschenkolonnen... bei eisigem Wetter zu Fuß gen Westen auf, in Rich-

11 Vgl. Frankfurter Presse vom 3. 5. 1945.

12 Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Band II: Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung, Olten-Freiburg i. Br. 1965, S. 159f.

9 Zit. nach Margaret Bourke-White, Deutschland. April 1945, München 1979, S. 51.

10 Vgl. Die Wehrmachtsberichte 1939-1945, Bd. 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945, München 1985, S. 563.

tung auf die oberschlesischen Städte. Jeder, der nicht mehr weitergehen konnte, der hinfiel und nicht wieder aufzustehen vermochte, wurde erschossen. Das geringste Aufmucken wurde von den bewaffneten Posten auf brutalste Weise bestraft. Die Todesmärsche hatten begonnen. Von einer ursprünglich 800 Mann zählenden Kolonne lebten nach 18 Tagen des Marschierens und des weiteren Transports und des Wütens der Posten nur noch 200. In einer anderen, 2500 Köpfe zählenden Kolonne wurden im Laufe des ersten Marschtages 71 Männer erschossen.“<sup>13</sup>

Als die hysterischen Endsieg- und Durchhalteparolen bei der bisher straff disziplinierten und von ‚hoher Kampfmoral‘ bestimmten Wehrmacht nicht mehr genügend Resonanz fanden, verstärkten die Nationalsozialisten den Terror auch gegen die eigenen Soldaten. Heinrich Himmler erließ Mitte Januar 1945 einen Aufruf gegen diejenigen, denen der Krieg vollends sinnlos geworden war: „Ich bitte die deutschen Volksgenossen, insbesondere die Frauen, Drückebergern, die sich Evakuierungstrecks anhängen oder sonst von Osten nach Westen ziehen, kein Mitleid am unrechten Platz entgegenzubringen. Männer, die sich von der Front entfernen, verdienen von der Heimat kein Stück Brot.“<sup>14</sup>

Am 15. Februar 1945 erließ der Reichsminister der Justiz eine Verordnung über die Errichtung von Standgerichten, die in „feindbedrohten Reichsverteidigungsbezirken“ gebildet wurden. Die Härte des Ringens um den Bestand des Reiches erfordere von jedem Deutschen Kampfbereitschaft und Hingabe bis zum äußersten. Wer versuche, sich seinen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zu entziehen, insbesondere, wer dies aus Feigheit oder Eigennutz tue, müsse sofort mit der notwendigen Härte zur Rechenschaft gezogen werden, damit nicht aus dem Versagen eines einzelnen dem Reich Schaden erwachse<sup>15</sup>. Durch die Wehrmachts-„Justiz“ sind während des Zweiten Weltkrieges insgesamt etwa 10000 Todesurteile gefällt worden; innerhalb der US-Armee fand demgegenüber lediglich eine Hinrichtung statt.

Als Hartmut von Hentig, soeben zum Leutnant befördert und dem Oberkommando des Heeres als Führerreserve unterstellt, nach Berlin kam, sah er, daß in der Frankfurter Allee an jedem zweiten Laternenmast ein desertierter deutscher Soldat hing. Die Abschreckung wirkte aber nicht besonders,

denn als die Truppe wieder nach Süddeutschland verlegt wurde, dem ausgewichenen Oberkommando des Heeres (OKH) folgend, gingen vom Transportzug „einige Kameraden im Dunkeln ab, wenn wir in der Nähe ihres Heimatortes waren“<sup>16</sup>. Ebenfalls in Berlin notierte Ruth Andreas-Friedrich in ihrem Tagebuch (23. 4. 1945): „Lang und hager, die Arme auf dem Rücken zusammengebunden, baumelt es vor uns am Pfahl. Baumelt hin ... baumelt her. Zwei schlotternde Soldatenstiefel schlagen mit gespenstischem Klappern gegen den Laternenmast. Aus bläulichem Totenanzicht glotzen blutunterlaufene Augen blicklos auf das Straßenpflaster ... Die ihn aufknüpften, haben ihm ein Schild um den Hals gehängt. Aus grauer Pappe mit Bindfaden verknötet. Darauf steht in windschiefen Druckbuchstaben: ‚Ich, Unteroffizier Heinrich Lehmann, war zu feige, Frauen und Kinder zu verteidigen. Darum hänge ich hier.‘“<sup>17</sup>

Fallstudien zeigen, wie selbst noch unmittelbar vor dem Einmarsch alliierter Truppen Denunziantentum und Blutjustiz hemmungslos weiter wüteten. Als in der Osterwoche bei Heidelberg, so berichtet Alexander Mitscherlich, Hunderte von jungen Soldaten vorbeizogen – sie hatten, willentlich oder nicht, den Anschluß an ihre Truppenteile verloren bzw. aufgegeben –, versuchten SS-Einheiten, die nicht begreifen wollten, daß das Ende des Dritten Reiches gekommen war, durch Standgerichte die sinnlos gewordene militärische Ordnung aufrechtzuerhalten: „An der nördlichen Ausgangsstraße von Heidelberg, dort wo in wenigen Wochen die berühmte Obstblüte einsetzen würde, konnte man jetzt zwei junge Soldaten, die derartig standgerichtlich abgeurteilt und erschossen worden waren, an Apfelbäumen aufgehängt sehen als Beispiel, das abschrecken sollte. Kaum war das Feldgericht weitergezogen, da kamen die Bauern der Bergstraße und fällten die Bäume, an denen sich die sinnlose Exekution vollzogen hatte, als seien sie ‚unrein‘ geworden.“<sup>18</sup>

---

## Der Schrecken aus dem Osten

---

Von der nationalsozialistischen Propaganda geschürt, aber auch durch die Berichte von schrecklichen Grausamkeiten bestätigt, verbreitete sich in den Ostgebieten eine panische Angst vor den Russen. Riesige Trecks von Flüchtlingen, die sich von

13 Martin Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*, München 1982, S. 393.

14 Zit. nach Walther Hofer (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945*, Frankfurt am Main 1982, S. 254f.

15 Vgl. ebd., S. 254.

16 Hartmut von Hentig, *Aufgeräumte Erfahrung. Texte zur eigenen Person*, München–Wien 1983, S. 250.

17 Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938 bis 1945*, Frankfurt am Main 1986, S. 271f.

18 Alexander Mitscherlich, *Ein Leben für die Psychoanalyse*, Frankfurt am Main 1984, S. 129.

der auf dem Rückzug befindlichen deutschen Armee noch einigermaßen abgeschirmt fühlten, versuchten, in den Westen Deutschlands zu gelangen. Das Ende des nationalsozialistischen Wahns vom Ostimperium – mit den Reichskommissariaten Moskau, Kaukasus, Ukraine, Ostland, Polen, Böhmen und Mähren – war gekommen. Was Hitler in den Tagen des Überfalls auf die Sowjetunion seinem Propagandaminister Joseph Goebbels erklärt hatte – „Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze, mit allem, was uns lieb ist, ausradiert würde“<sup>19</sup> –, diese düstere Vision begann sich nun zu bewahrheiten. Nach drei Jahren mit äußerster Brutalität geführter Kämpfe ließen die geschlagenen Verbände der Wehrmacht Rußland als ein verbranntes, ausgeplündertes Land zurück. Fast 20 Millionen Sowjetbürger waren ums Leben gekommen, mehrere Millionen nach Deutschland verschleppt worden.

Für die Russen war mit Erreichen der deutschen Grenze die Stunde der Rache gekommen. In der sowjetischen Armeezeitung schrieb der Schriftsteller Ilja Ehrenburg: „Wir vergessen nichts. Wir marschieren durch Pommern, vor unseren Augen aber liegt das zerstörte, blutende Weißrußland. Den penetranten Brandgeruch, der in unsere Soldatenmäntel in Smolensk und in Orel drang, wollen wir jetzt nach Berlin tragen. Vor Königsberg, vor Breslau und vor Schneidemühl denken wir an die Ruinen von Woronesch und von Stalingrad. Rotarmisten, die zur Zeit deutsche Städte stürmen, vergessen nicht, wie in Leningrad Mütter ihre toten Kinder auf kleinen Handschlitten fortschafften. Für die Qualen Leningrads hat Berlin uns noch nichts bezahlt...“<sup>20</sup> Die entsetzlichen Ausschreitungen, gegen die sich besonnene Offiziere der sowjetischen Armee ergebnislos zur Wehr setzten (so die Frontoffiziere Alexander Solschenizyn und Lew Kopelew), ließen den Flüchtlingsstrom – eine ‚Umdrehung‘ des von Hitler propagierten Germanenzugs – immer mehr anschwellen.

Nach dem Einbruch der Sowjets in Ostpreußen konnten aus der Danziger Bucht bis Mai 1945 noch rund zwei bis drei Millionen Flüchtlinge und Soldaten evakuiert werden; 20 000 bis 25 000 kamen dabei ums Leben. Eine besonders schlimme Katastrophe ereignete sich, als das ehemalige Kreuzfahrtschiff „Wilhelm Gustloff“ der Parteiorganisation „Kraft durch Freude“ mit rund 6 600 Flüchtenden beladen, darunter fast 5 500 Frauen und Kindern, nach der Abfahrt aus dem Ostsee-

hafen Gotenhafen (Gdingen) von einem sowjetischen U-Boot torpediert wurde. Einer der wenigen Überlebenden meinte später: „Menschen in der Masse sind schlechte Menschen. Die werden zum Vieh.“ Mütter, Alte und Greise, die nicht schnell genug vorwärtskamen, seien einfach totgetrampelt worden. „Ich habe noch die Hand nach meinen Eltern ausgestreckt, aber ich hab sie nicht mehr erreicht. Da kamen die Menschenmassen, die quollen und quollen und schrien.“ Um die wenigen Plätze in den Booten sei gekämpft und geschossen worden<sup>21</sup>.

Der Weg über das Land war meist noch gefährlicher als der über die See; er wurde von vorstoßenden russischen Panzern immer wieder versperrt: „Über vereiste Straßen und durch heftige Schneestürme behindert, zogen die Trecks dahin. Pferde glitten immer wieder aus, Wagen brachen zusammen. Viele zogen nur einen Handwagen mit ihrer letzten Habe hinter sich her. Es war ein unvorstellbarer Kampf gegen die Verzweiflung. Nahrungsmittel, vor allem Milch für die Kleinkinder, gab es kaum. Dazu immer wieder Tiefflieger und die Angst, von feindlichen Panzern überrollt zu werden. Nicht wenige, insbesondere Alte und Kranke, gaben auf und fanden den Tod. Wem immer es gelang, ins Innere des Reiches zu entkommen, erfuhr auch dort oft einen schmerzlichen Mangel an Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft. Für viele war es zudem eine trügerische Sicherheit, so für die Flüchtlinge aus Schlesien, die in Dresden Zuflucht gesucht hatten und im Inferno des Bombenkrieges umkamen.“<sup>22</sup>

---

## Götterdämmerung

---

Als die allerletzten Tage des Dritten Reiches gekommen waren, kam die nationalsozialistische Bewegung erneut in Bewegung – nach dem Motto: Rette sich, wer da kann! Diejenigen, die als kleine oder große Parteigänger des Regimes, als dessen Funktionäre und Exekutoren den „heroischen Opfergang des Volkes“ weiter propagierten, die als Führer in Politik, Militär, Verwaltung schließlich die Strategien für die Selbstvernichtung des deutschen Volkes entwarfen – denn nur „verbrannte Erde“ sollte dem Feind überlassen werden –, bereiteten klammheimlich ihren Ausstieg aus der Apokalypse vor. Die Erbärmlichkeit, mit der die Staatsverbrecher und Massenmörder sich ihrer ‚Verantwortung‘ (was immer das in einem Staat ohne ethische Prinzipien hieß) zu entziehen

19 Zit. nach R.-D. Müller/G. R. Ueberschär (Anm. 7), S. 112.

20 Zit. nach ebd., S. 114.

21 Zit. nach Thomas Schuler, Wenn Menschen zum Vieh werden, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 1. 1994.

22 Zit. nach R.-D. Müller/G. R. Ueberschär (Anm. 7), S. 116f.

suchten, hat geschichtlich keine Parallele. Die emphatische Beschreibung des Dritten Reichs als eines „Reichs der niederen Dämonen“ durch Ernst Niekisch erwies ihre Richtigkeit auch im Hinblick auf diese letzte Phase der nationalsozialistischen Herrschaft. Die nationalsozialistische Personage lasse sich, so Niekisch, auf den Grundtyp des Gangsters zurückführen: „Der Gangster ist der Mann, der sein Schicksal nicht akzeptiert. Er ist kein Revolutionär; er will die bürgerliche Ordnung gar nicht umstürzen, er will nur sein persönliches Los verbessern... Der Gangster ist das selbstherrliche Individuum, das ohne Ideologie mit zynischer Offenheit seine Interessen wahr.“<sup>23</sup>

Bei der ‚Interessenwahrung‘ kam es auch zum Bruch zwischen Hitler und einigen seiner Paladine. So versuchte Himmler mit den Westmächten separate Kapitulationsverhandlungen einzuleiten. Seine absurde Absicht, nach Hitlers Tod die Führung Deutschlands zu übernehmen, ließ ihn in Verbindung mit dem Präsidenten des schwedischen Roten Kreuzes, Folke Bernadotte, treten; dieser überbrachte Himmlers Angebot an General Dwight D. Eisenhower. Himmler hatte als Vorgabe für die Verhandlungen Hunderttausende von KZ-Häftlingen ‚angeboten‘, die auf diese Weise gerettet wurden<sup>24</sup>. Die Alliierten wiesen solche Versuche nationalsozialistischer Hauptkriegsverbrecher, Teilkapitulationen zu erreichen, von sich.

Der 1940 zum Reichsmarschall ernannte Hermann Göring, der am 21. Juli 1941 den Auftrag zur „Gesamtlösung der Judenfrage“ im deutschen Einflußgebiet Europas gegeben hatte (Europa sollte von „Westen nach Osten systematisch von Juden gesäubert werden“), ersuchte den ‚Führer‘ um Enthebung von seinem Amt als Oberbefehlshaber der Luftwaffe, da er an einer jetzt akut gewordenen Herzkrankheit leide. Kurz vorher hatte er, der sich mit einer Lastwagen-Kolonie voller Wertgegenstände aus seinem feudalen Besitz „Karinhall“ in Sicherheit zu bringen suchte, noch telegraphisch bei Hitler angefragt, ob er nicht als Stellvertreter des Führers sofort die Gesamtführung des Reiches übernehmen solle, da Hitler doch im Gefechtsstand in der Festung Berlin zu bleiben gedenke<sup>25</sup>. Göring habe sein Amt als Oberbefehlshaber wohl aufgegeben, so kommentierte die „Frankfurter Presse“, um nicht als Kriegsgefangener behandelt zu werden, wenn er in alliierte Hände gerate<sup>26</sup>.

Hitler hatte inzwischen Göring und Himmler verstoßen. In seinem „politischen Testament“ vom 29. April 1945 bekräftigte er diese Entscheidung: „Ich stoße vor meinem Tode den früheren Reichsmarschall Hermann Göring aus der Partei aus und entziehe ihm alle Rechte, die sich aus dem Erlass vom 29. Juni 1941 sowie aus meiner Reichstags Erklärung vom 1. September 1939 ergeben könnten... Ich stoße vor meinem Tode den früheren Reichsführer SS und Reichsminister des Innern Heinrich Himmler aus der Partei sowie allen Staatsämtern aus... Göring und Himmler haben durch geheime Verhandlungen mit dem Feinde, die sie ohne mein Wissen und gegen meinen Willen abhielten, sowie durch den Versuch, entgegen dem Gesetz die Macht im Staate an sich zu reißen, dem Lande und dem gesamten Volk unabsehbaren Schaden zugefügt, gänzlich abgesehen von der Treulosigkeit gegenüber meiner Person.“<sup>27</sup>

Wie vielen Spitzenfunktionären des NS-Regimes die Flucht wirklich gelang, ist ungeklärt. Von Martin Bormann hieß es, daß er nach Südamerika habe gelangen können; Reichsjugendführer Axmann behauptete später, er habe Bormanns Leiche in Berlin nach dessen Flucht aus der Reichskanzlei liegen gesehen. Der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, 1939 Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt, der in Durchführung der „Endlösung“ den Transport der jüdischen Menschen in die Vernichtungslager organisiert hatte, konnte in Argentinien Fuß fassen (1960 wurde er vom israelischen Geheimdienst nach Israel entführt und dort 1961 hingerichtet). Ferner waren – nachdem sie die Bevölkerung noch zum heldenhaften Weiterkämpfen aufgerufen hatten – plötzlich auch fast alle Gauleiter verschwunden.

Die meisten Hauptkriegsverbrecher konnten jedoch bald dingfest gemacht werden. Nach Göring faßte man den ehemaligen Leiter der NS-Organisation „Deutsche Arbeitsfront“, Robert Ley, bei Berchtesgaden; ebenfalls in den Alpen wurde der SS-Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner festgenommen. In Flensburg entdeckte man den Chefideologen Alfred Rosenberg. Seit dem 20. April hatte sich der frühere Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop unter falschem Namen verborgen gehalten; er wurde am 12. Juni verhaftet.

Der amerikanische Publizist William L. Shirer, dem ein monumentales Werk über den „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ zu danken ist, been-

23 Ernst Niekisch, Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953, S. 80.

24 Vgl. Gerald Fleming, Hitler und die Endlösung. „Es ist des Führers Wunsch...“, Wiesbaden-München 1982, S. 200.

25 Vgl. William L. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln-Berlin 1961, S. 1020.

26 Vgl. Frankfurter Presse vom 3. 5. 1945.

27 Zit. nach Johannes Hohlfeld (Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, V. Bd.: Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur 1933-1945. Deutschland im zweiten Weltkrieg 1939-1945, Berlin-München o. J., S. 528.



det sein Buch mit einer knappen Schilderung dieser erbärmlichen Personage während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher: „Ich sah sie in Nürnberg. In dieser Stadt hatte ich sie oft bei den alljährlichen Reichsparteitagen auf der Höhe ihrer Glorie und Macht beobachtet. Auf der Anklagebank vor dem Internationalen Militärgerichtshof sahen sie anders aus. Sie hatten eine beträchtliche Verwandlung durchgemacht. Auf ihren Sitzen zusammengesunken, nervös hin- und herrutschend, erinnerten sie in ihren unscheinbaren Anzügen nicht mehr an die arroganten Führer von ehemals. Sie wirkten wie eine zusammengewürfelte Schar von Mediokritäten. Man konnte es kaum fassen, daß solche Leute wie sie eine so ungeheure Macht ausgeübt hatten, daß solche Menschen wie sie eine große Nation und den größten Teil Europas hatten erobern können.“<sup>28</sup>

Hitler wollte, daß den eigenen Untergang möglichst viele Deutsche nicht überleben sollten. Am 19. März 1945 verkündete er seinem Rüstungsminister Albert Speer: Wenn der Krieg verlorengehe, dann sei auch das Volk verloren. Man brauche daher nicht auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben benötige, Rücksicht zu nehmen. „Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.“<sup>29</sup>

Noch am gleichen Tage wurde diese düstere Ankündigung in einen Führerbefehl umgesetzt. Schnellstens hätten alle Truppenführer die Verkehrs-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes nutzbar machen könne, zu zerstören<sup>30</sup>. Am 12. April wurde dann noch vom Oberkommando der Wehrmacht verfügt, daß Städte bis zum äußersten verteidigt und gehalten werden müßten, ohne jede Rücksicht auf Versprechungen oder Drohungen, die durch Parlamentäre oder feindliche Rundfunksendungen überbracht würden. „Für die Befolgung dieses Befehls sind die in jeder Stadt ernannten Kampfkommandanten persönlich verantwortlich. Handeln sie dieser soldatischen Pflicht zuwider, so werden sie wie alle zivilen Amtspersonen, die den Kampfkommandanten von dieser Pflicht abspenstig zu machen versuchen

oder gar ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben behindern, zum Tode verurteilt.“<sup>31</sup>

Die nur sozialpathologisch zu verstehende Bindung an Hitler war immerhin noch so stark, daß dieser ‚Nero-Befehl‘ zur Zerstörung Deutschlands teilweise befolgt wurde. Doch wagte es Albert Speer, der noch vor der Aktion „Verbrannte Erde“ Hitler eine Denkschrift übergeben hatte („Wir in der Führung haben die Verpflichtung, dem Volk in den schweren Stunden, die es zu erwarten hat, zu helfen“<sup>32</sup>), sich im Verbund mit anderen Dienststellen der Durchführung des Vernichtungsbefehls entgegenzustellen. „Aber es blieb bis zum Ende ein riskantes Spiel. Bis in den April 1945 hinein verfügte der Diktator nämlich über ein Mittel, das die Wirkung von Sprengstoff bei weitem übertraf: das ungeheure Arsenal von chemischen Kampfstoffen, deren Einsatz den Untergang Deutschlands wohl tatsächlich herbeigeführt hätte. Aber solange sich Hitler in seinem Bunker in Berlin an die Hoffnung einer eigenen letzten Überlebenschance klammerte, zögerte er. Als er dann schließlich in der eingeschlossenen Reichshauptstadt den Tod ins Auge fassen mußte, war diese letzte furchtbare Waffe nicht mehr einsatzbereit und das Leben der Bevölkerung sowie seine Existenzgrundlagen gerettet.“<sup>33</sup>

---

## Die Befreiung

---

Im Wehrmachtsbericht vom 9. Mai hieß es: „Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast sechsjährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen. Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt. Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“<sup>34</sup>

Die 50. Wiederkehr des 8. Mai 1945, als die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches

28 W. L. Shirer (Anm. 25), S. 1043f.

29 Albert Speer, Erinnerungen, Berlin-Frankfurt am Main 1969, S. 446.

30 Vgl. R.-D. Müller/G.R. Ueberschär (Anm. 7) S. 52.

31 Zit. nach J. Hohlfeld (Anm. 27), S. 524.

32 Zit. nach W. Hofer (Anm. 14), S. 258.

33 R.-D. Müller/G.R. Ueberschär (Anm. 7), S. 56.

34 Die Wehrmachtsberichte 1939-1945 (Anm. 10), S. 569.

erfolgte und der Zweite Weltkrieg in Europa beendet wurde, fällt in eine Zeit verstärkter Rechtstendenzen. Um so wichtiger ist es, mit allem Nachdruck deutlich zu machen, daß unsere individuelle, gesellschaftliche und staatliche Freiheit auf dieses Datum zurückgeht: Die Alliierten hatten mit großen Opfern endlich den Nationalsozialismus besiegt. „Im Grunde genommen“, so Theodor Heuss vor dem Parlamentarischen Rat, kurz vor seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, „bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“ In einem fiktiven öffentlichen „Brief an meine Söhne“ schrieb Heinrich Böll: „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“<sup>35</sup>

Will man im Sinne Heinrich Bölls im zeitgeschichtlichen Rückblick die deutschen Politiker daran erkennen, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung empfanden, so wird man aus deren meist verdrängendem, unschlüssigem, der Bedeutung des Tages nicht gerecht werdendem Verhalten keine besondere Inspiration für Verfassungspatriotismus beziehen können. 1965 war der 8. Mai überhaupt nicht Erinnerungswürdig gewesen. 1970, zum 25. Jahrestag, hielt immerhin Gustav Heinemann als erstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik eine Gedenkrede; im Bundestag gab als erster Bundeskanzler Willy Brandt eine Regierungserklärung ab. Ganz überwiegend wurde der 8. Mai als Ende des Weltkrieges und nur verhalten als Ende auch der nationalsozialistischen Diktatur gewürdigt. Schon der Name, den die Politiker dem Gedenktag gaben, war kennzeichnend für ihr Geschichtsbild.

So, als ob es vereinbart gewesen wäre, sprachen Scheel, Schmidt, Heinemann, Brandt, Erhard und Kohl übereinstimmend zum „Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges“. In den Reden fanden sich daneben auch Bezeichnungen wie „deutsche Kapitulation“, „Zusammenbruch des Dritten Reiches“, und „Ende der Hitler-Diktatur“. „Tag der Befreiung“ sagte keiner der führenden Politiker; ihr Reden bestimmte Trauer über die Opfer des Krieges, den Verlust der Ostgebiete und die Spaltung Deutschlands, mit der eine neue Unfreiheit begonnen habe, bestimmte aber auch Dank an die Nationen, die nach dem Krieg großzügig Hilfe geleistet hätten, und letztlich auch Stolz, nach der Katastrophe aus den

Trümmern die freieste Demokratie, die es je auf deutschem Boden gegeben habe, errichtet zu haben.

In einem waren sich alle einig: Wir Deutschen hätten keinen Anlaß zu feiern. Wenn die Redner von einem Befreiungsakt überhaupt Kenntnis nahmen, dann wurden mit der Formel „Wir wurden befreit, aber...“ die Folgen des verlorenen Krieges in den Vordergrund geschoben. Der Preis, den das deutsche Volk für seine Befreiung hatte zahlen müssen, erschien den Politikern zu hoch. Im Hinblick auf den Tod, die Vertreibung und das Elend vieler Millionen, die Auflösung des Deutschen Reiches, verbunden mit dem Verlust der Ostgebiete, sowie hinsichtlich der Spaltung Deutschlands und des Beginns einer neuen Diktatur jenseits der Elbe, verliere die 1945 für den Westen Deutschlands gewonnene Freiheit an Ausstrahlung<sup>36</sup>.

Gegenüber den Manifestationen politischer Unsicherheit und Unentschiedenheit bewies 1985 Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine herausragende Souveränität, als er in einer Ansprache bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowohl der Historisierung des Dritten Reiches als auch der damit verbundenen Schuldinderung, Schuldabwälzung oder gar Schuldverdrängung entgegentrat. In dieser Rede, die in einer breiten Öffentlichkeit eine außerordentlich große Zustimmung fand, hieß es:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Kriegs die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.“<sup>37</sup>

Für 1995 ist zu hoffen, daß die Politik hinter diese klare Position nicht mehr zurückfällt; zu befürchten ist, daß sie es tut.

35 Zit. nach Jürgen Kocka, Zerstörung und Befreiung. Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte, in: Politik und Kultur, (1986) 5, S. 47.

36 Vgl. Franz Neumann, Deutsche Politiker zum 8. Mai 1945, in: Frankfurter Hefte, (1975) 8, S. 6f.

37 Richard von Weizsäcker, Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, Bonn 1985, S. 1 ff.

# 1945: Ein Fragment namens Deutschland

## Prägekräfte im Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn

Beckmann:

„Ich soll leben, sagst du! Dieses Leben leben?

Dann sag mir auch: Wozu? Für wen? Für was?

Der Andere:

Für dich! Für das Leben! Deine Straße wartet. Und hin und wieder kommen Laternen. Bist du so feige, daß du Angst hast vor der Finsternis zwischen zwei Laternen?“

Wolfgang Borchert, *Draußen vor der Tür* (1946)<sup>1</sup>

---

### I. Orientierungssuche und Ost-West-Konflikt

---

Als die Waffen schwiegen, war der Krieg für die Deutschen nicht zu Ende. Er setzte sich fort in den Herzen und Köpfen. Aus Angst vor sich selbst, in der Hoffnung auf Obdach und Nahrung hetzten die Menschen durch die hochgetürmten Trümmerhaufen und Reste dessen, was einst Vaterland, Reich, Größe, Weltgeltung, Zuversicht, Selbstachtung hieß. „Die Ruinen unseres geliebten Deutschlands“, schrieb Arnold Brecht an Heinrich Brüning zu dessen 60. Geburtstag (26. November 1945), „und das Elend der Toten – welche verehrungsvolle große Liste allein die Hinrichtungen nach dem 20. Juli – und die herzens- und vernunftlose Wüste der Politik bedrücken uns im Wachen und im Traum.“<sup>2</sup> Da den Deutschen der Umgang mit der Macht zum blinden Selbstzweck und zur „Endkatastrophe“ geraten sei, klagte Friedrich Meinecke, „sind wir in die jammervolle Lage gebracht worden, daß unsere physische Existenz allein von der Einsicht und Weisheit der Sieger abhängt“<sup>3</sup>.

Diese waren nicht als Befreier, sondern als Besatzer eines besiegten Feindstaates gekommen. Es bestand Fraternisierungsverbot. Deutschland auf immer als Unruhestifter in Europa auszuschalten

war das gemeinsame Ziel der Alliierten. Über das Wie der Entnazifizierung, der Demontagen, Dekartellisierung, Entmilitarisierung, über Einflußverteilung und über die Umerziehung der Deutschen gab es bei den Siegern erhebliche Differenzen. Bereits in einem Telegramm an US-Präsident Truman vom 12. Mai 1945 verwandte Churchill den Begriff des „Eisernen Vorhangs“ zwischen Ost- und Westeuropa, den er dann öffentlich als Demarkationslinie zwischen Stettin im Norden und Triest im Süden anlässlich seiner Rede in Fulton/Missouri am 5. März 1946 bezeichnete. Stalin stellte daraufhin Churchill ins Lager der künftigen Brandstifter. Das wechselseitige Mißtrauen wuchs<sup>4</sup>. Entsprechend war eine wirksame Gesamtstrategie gegen das Chaos in Deutschland nicht mehr zu erwarten, so daß die vier Besatzungsmächte ihre jeweiligen Zonen nach eigenem Gutdünken, vor allem aber unter dem Zwang der unmittelbaren Not einrichteten.

Um Lebensmittel heranzuschaffen, mußten die Verkehrswege freigeräumt werden. Baracken, Keller, Ställe wurden für Ausgebombte sowie für ca. 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene als Unterkunft hergerichtet. Diese Menschenströme aus dem Osten schoben sich mit 8,5 Millionen Displaced Persons und versprengten Kriegsheimkehrern durch ein Wüstenfeld aus Hunger, Obdachlosigkeit, Verzweiflung. Die Eisenbahn und der Wartesaal wurden zur Heimat der Deutschen. Hamsterfahrten, Schiebergeschäfte, Schwarzmarkt, Tauschzentralen und Zigarettenwährung prägten das Gesicht der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Um „Normalität“ herzustellen, d.h. die Deutschen unter Aufsicht der Besatzungsbehörden zu befähigen, wieder für ihren eigenen Lebensbedarf

---

4 „Ein eiserner Vorhang ist vor der russischen Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht.“ Churchills Telegramm vom 12. Mai 1945 an Präsident Truman, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, II. Reihe/Bd.1, Die Konferenz von Potsdam, Erster Drittelband, bearb. von Gisela Biewer, Bonn 1992, S. 10. Der sowjetische Botschafter in Washington, Nikolai Novikov, telegraphierte am 27. September 1946 nach Moskau, daß die US-Politik bestimmt sei „by a striving for world supremacy“. Vgl. Kenneth M. Jensen (Hrsg.), *Origins of the Cold War*. The Novikov, Kennan, and Roberts „Long Telegrams“ of 1946, Washington 1991, S. 3 ff.

1 Wolfgang Borchert, *Draußen vor der Tür*. Ein Stück, das kein Theater spielen und kein Publikum sehen will, in: ders., *Das Gesamtwerk* (Sonderausgabe), Hamburg 1959, S. 145.

2 Claire Nix (Hrsg.), *Heinrich Brüning, Briefe 1946–1960*, Stuttgart 1974, S. 22.

3 Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946, S. 160 f.

zu sorgen, die Infrastruktur wieder aufzubauen, mußten deutsche Fachkräfte herangezogen werden, die sich vor allem auf die Kunst der Improvisation verstanden und gute Beziehungen zu heimischen Wirtschaftskreisen hatten. In die höheren Ämter zur Verwaltung des Mangels wurden Persönlichkeiten delegiert, die den Besatzern politisch unbedenklich waren, sich in der Weimarer Republik demokratisch betätigt oder unter der Diktatur nicht kompromittiert hatten. Die späteren Bundespolitiker Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Kurt Schumacher, Fritz Erler, Ludwig Erhard, Thomas Dehler, Jakob Kaiser, im Länderbereich etwa Fritz Schäffer, Josef Müller, Wilhelm Kaisen, Alois Hundhammer, Rudolf Amelunxen, Arthur Sträter, Karl Arnold, Theodor Steltzer, Hinrich Kopf, Alex Möller, Adolf Süsterhenn, Peter Altmeier, Reinhold Maier, Max Brauer oder Ernst Reuter stehen repräsentativ für die damaligen Garanten der Abwehr einer Restauration des autoritär-nationalistischen Obrigkeitsstaates.

Indessen gestalteten sich die meisten der eigenen deutschen Gehversuche vor dem Horizont der neuen Zeit zwar moralisch hochgemut, aber in der Praxis eher tastend und experimentell. So etwa, wenn sich Teile der CDU einen „umwegigen Sozialismus“ (Walter Dirks) konzipierten<sup>5</sup>. Die Wegweiser zum Neuen gerieten zudem bald gegeneinander, als sich im Zuge einer unterschiedlichen Entnazifizierungspraxis Spannungen zwischen den Alliierten und den Deutschen sowie unter den Deutschen selbst aufbauten, die Massenverhaftungen von Fabrikdirektoren und sogar von unteren Ämterchargen zur Lähmung der Verwaltung sowie die Beschlagnahme von Werken der Eisen-, Kohle- und Stahlindustrie auch noch zu Ausfällen der notwendigen Mindestproduktion führten. Strittig blieb zudem das Verhältnis zur sowjetischen Zone, zur Frage der nationalen Einheit, um die besonders leidenschaftlich Kurt Schumacher rang. Er warf den bürgerlichen Parteien im Westen vor, „die 17 Millionen Deutsche im Osten einfach zu ignorieren“. Bezeichnend war bereits zuvor im Westen das rasche Verschwinden von antifaschistischen Arbeiterinitiativen<sup>6</sup>.

5 Vgl. Sabine Hering/Hans-Georg Lützenkirchen, Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege. Gespräche, Bonn 1992, S. 29. Erst im Februar 1949 wird die „soziale Marktwirtschaft“ zur CDU-Offensive. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 604 f.

6 Vgl. die Rundfunkrede des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Schumacher am 31. Mai 1947, in: Peter Longerich (Hrsg.), Was ist des Deutschen Vaterland? Dokumente zur Frage der Deutschen Einheit, 1800–1990, München 1990, S. 159; Lutz Niethammer/Ulrich Borsdorf/Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 13 f.

Ein gründlicher und umfassender Abbau der alten Eliten fand im Gegensatz zur Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) innerhalb der westdeutschen Wirtschaft, Verwaltung und Politik jedenfalls nicht statt. Dies war nicht zuletzt auch Indiz für einen sich anbahnenden Kurswechsel der Westalliierten. Sie zeigten sich bald mehr an der wirtschaftlichen Integration ihrer Besatzungszonen und deren Anbindung an den Westen interessiert als an revolutionären ordnungspolitischen Weichenstellungen wie in der künftigen DDR, wie sie dort etwa im systematischen Ausbau der kommunistischen Führung und der Verteilung von 3,3 Millionen Hektar „Junkerland“ als „Bauernland“ zum Ausdruck kamen. In Westdeutschland wurde die neue Option mit der Stuttgarter Rede des US-Außenministers James F. Byrnes am 6. September 1946 eingeleitet, in der er das Tor aufstieß zu neuen Wegen der Verständigung und Annäherung zwischen Siegern und Besiegten. Das Fraternisierungsverbot erledigte sich langsam von selbst. Im Oktober 1946 erfolgte die erste Eheschließung zwischen einem US-Soldaten und seinem deutschen „Frollein“.

Am 12. März 1947 eröffnete US-Präsident Truman die Phase der *containment policy*, indem er die Welt teilte in die der Freiheit und jene des Totalitarismus. Der Marshall-Plan zum ökonomischen Aufbau eines faktisch antisowjetischen Blocks der freien Völker folgte alsbald. Am 5. Juni, als der US-Außenminister und Nachfolger von Byrnes in Harvard sein Hilfsangebot der Welt unterbreitete, platzte die erste und zugleich letzte Interzonenkonferenz aller deutschen Ministerpräsidenten in München. Statt über wechselseitige Hilfe für den Fall einer Wiederholung der Winterkatastrophe 1946/47 zu beraten, erhob die SBZ-Delegation ultimative Forderungen nach Herstellung eines Einheitsstaats mit zentraler Regierung. Den westdeutschen Politikern wiederum war die Unterlassung einer Diskussion dieses Themas vor ihrer Abreise nach München von den Besatzungsmächten direkt (Frankreich) bzw. indirekt (England/USA) angeraten worden. Das zerteilte Deutschland zeigte sich hier bereits in die Konfrontationsstrategie der beiden Supermächte eingebunden.

Am 20. September 1947 äußerte auf dem zweiten Parteitag der SED Oberst Sergei I. Tulpanow, Leiter der Informationsabteilung der Sowjetischen Militärregierung in der Ostzone: „Das eine Deutschland ist das Land aller fortgeschrittenen Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intellektuellenschicht. Das zweite Deutschland . . . ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen. Die Einheit Deutschlands . . . erfordert die

Unterwerfung dieses zweiten Deutschlands unter das Deutschland der fortgeschrittenen Kräfte.“ Sieben Tage später wurde von den KP-Vertretern der UdSSR, Polens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei in Szklarska Poreba (Schreiberhau) der Beschluß zur Gründung des Komintern-Büros (Belgrad) gefaßt, um die Aktivitäten wirksam zu koordinieren. Zugleich wurde in einer gemeinsamen Erklärung den USA vorgeworfen, sie hätten im Krieg nur Japan und Deutschland als Marktkonkurrenten ausschalten wollen. Nun begänne Washington mit den Geldern des Marshall-Plans darüber hinaus die Versklavung Europas. Entsprechend teilte der KPdSU-Ideologe Andrei A. Schdanow bei seinem Auftritt in Szklarska Poreba die Welt in zwei Lager<sup>7</sup>. Im selben Jahr erschien Walter Lippmanns Buch „The cold war“. Es gab der neuen Epoche ihren Namen, in deren Frühphase sich in den drei Westzonen das Überleben organisierte und dessen äußere Sicherung bald eine Option für den Westen empfahl.

---

## II. Ermutigung und Neubeginn

---

Unter dem Dach einer erneut verhärteten Welt-politik schien der westliche Teil des besetzten Deutschland gleichwohl das bessere Los gezogen zu haben. Die Besatzer halfen mit Nahrungsgütern (CARE) über das Allerschlimmste hinweg und boten den Deutschen genügend Freizügigkeit, um die Kunst der Improvisation als neue Stilrichtung zu kreieren. Not machte erfinderisch, das Lachen über manche Produkte (z. B. neue Kochsiebe aus alten Stahlhelmen, Damenkostüme aus Militärmänteln) bewies vor allem, wie sehr trotz allem Elend das bloße eigene Überleben als Kostbarkeit empfunden wurde. Thornton Wilders „Wir sind noch einmal davongekommen“ (deutsche Erstaufführung im April 1946) wurde zur Chiffre der Zeit.

War oft auch der Magen leer, so stärkte sich wiedererwachter Lebensmut am neuen Theater, am neuen Film, an neuer Musik, an neuem Kabarett, an neuer Kunst und an einer reichen Literatur, die den Horizont zur Welt hin öffnete, aber zugleich auch Rechenschaft einforderte. Albrecht Haushofers zurückgelassene „Moabiter Sonette“ und Eugen Kogons „Der SS-Staat“ erschienen 1946. Hermann Kasacks „Die Stadt hinterm Strom“, Günter Weisenborns „Die Illegalen“, Werner Bergengrüns „Dies Irae“, die Namen von Rudolf Hagelstange, Walter Kolbenhoff, Elisabeth Lang-

gässer, Georg Kaiser, Erich Kästner und Hans Faldada bildeten mit denen der Schriftsteller der freien Welt von George Orwell, André Malraux, Jean Paul Sartre, Upton Sinclair, Jean Giraudoux, John Steinbeck bis zu Max Frisch oder Carlo Levi eine tiefe geistige Erlebnisachse im kulturhungrigen Deutschland. Zu den ersten Autoren der auf Zeitungspapier gedruckten Rotationsromane (rororo) des Verlegers Heinrich Maria Ledig-Rowohlt zählten Ernest Hemingway, Kurt Tucholsky, Joseph Conrad, Alain Fournier. Neue Zeitschriften kämpften für geistige Erneuerung und demokratische Verantwortung: „Der Ruf“ (Alfred Andersch/Hans W. Richter), „Frankfurter Hefte“ (Walter Dirks/Eugen Kogon), „Die Wandlung“ (Dolf Sternberger/Karl Jaspers), „Die Gegenwart“ (Benno Reifenberg/Bernhard Guttman). Das Verbot des „Rufes“ wegen seiner europäisch-humanistisch-sozialistischen Tendenz führte am 10. September 1947 die Gruppe „Junge Literatur“ (später „Gruppe 47“) zusammen. Im Juni desselben Jahres durften deutsche Autoren wieder in den PEN-Club zurückkehren.

Seit August 1945 wurde nach und nach die Bildung neuer Parteien zugelassen, die besonders von der neuen „vierten Gewalt“, der Presse, ins Visier genommen wurden. Die „Frankfurter Rundschau“ erhielt am 1. August 1945 ihre Lizenz. Am 6. Oktober folgten die „Süddeutsche Zeitung“, danach „Die Zeit“ (21. Februar 1946), „Die Welt“ (2. April 1946) und „Der Spiegel“ (4. Januar 1947).

Was sie berichten mußten, ließ Vergangenheit nicht vergehen. Die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher in Nürnberg, gegen die Schergen von Bergen-Belsen, Dachau oder Mauthausen offenbarten ein Ausmaß an Unmenschlichkeit, das einem den Atem verschlug. Der Dokumentarfilm „Todesmühlen“ (Januar 1946) oder der DEFA-Spielfilm „Die Mörder sind unter uns“ (Oktober 1946) machten stumm, verzweifelt, trieb viele in verstockten Trotz. Beim Eintritt ins Jahr 1946 hatte der Kabarettist Werner Finck resümiert: „Können wir diesem fünfundvierzigsten Produkt des zwanzigsten Jahrhunderts eine Träne nachweinen? Nein, denn wir haben keine mehr.“<sup>8</sup>

Und dennoch: Nachdem der Terror die Menschen vereinzelt hatte<sup>9</sup>, taten sie sich mit anderen lebensgierig dort zusammen, wo im Gefühl der neuen Freiheit alle Bedrängnis wenigstens für Stunden vergessen werden konnte – bei Jazzmusik, Modeschauen, Radrennen, Boxkämpfen oder Tanz. Wie

<sup>8</sup> Werner Finck, zitiert nach Hans Rauschnig (Hrsg.), Das Jahr '45 in Dichtung und Bericht, München 1985, S. 304.

<sup>9</sup> Vgl. Günther Anders, Nihilismus und Existenz, in: Die Stockholmer Neue Rundschau. Auswahl, Berlin-Frankfurt a. M. 1949, S. 96.

<sup>7</sup> Vgl. Martin Steinhage/Peter Strunk, Chronik 1947. Tag für Tag in Wort und Bild, Dortmund 1991, S. 148 f.

sich Lebenslust durch alle Zeitbrüche stiehlt, bewies besonders der Fußballsport: Am 30. April 1945 besetzten amerikanische Truppen München. Noch zwei Tage zuvor liefen acht Meisterschaftsspiele über den bayrischen Rasen<sup>10</sup>. Am 20. Mai 1945 verfolgten in Berlin-Lichtenberg 10 000 Zuschauer ein Fußballmatch<sup>11</sup>. Das Verlangen nach Brot und Spielen schien nach wie vor ehern wie der Lauf der Jahreszeiten, und wo das Drohende der Politik und Weltpolitik unerträglich schien, bog man es um zu bösem Witz<sup>12</sup>.

Eher abseits solcher Dinge verlangte eine geistige Elite die Überwindung dieser Lebenswelt fragmentierter Gewißheiten durch Analysen des Scheiterns und der Sicherung der wiedergeschenkten Freiheit durch wechselseitige Unterstützung von Macht und Geist. Erich von Kahler gab dieser Tendenz Ausdruck mit der Forderung, „der geistige Mensch wird militant werden, sich sogar mit seinesgleichen zusammentun müssen, wenn er seine Stimme vernehmbar machen will, er wird mehr und mehr politisch werden müssen“<sup>13</sup>.

Doch der geistig-politische Neubeginn verhedderte sich im Schlingengewächs seiner eigenen Vorgeschichte. Die Menschen standen zwischen Alt und Neu über der Zeitgrenze von 1945 wie in einem Spagat. Unterwegs zu sich selbst, geriet Richtungs-suche zur Ratlosigkeit. Der geforderte Austritt aus der bisherigen Geschichte erschien als unzumutbare Selbstpreisgabe vor Richtern, deren Autorität man bezweifelte, weil sie dem Verfall der Deutschen an die Dämonie der Macht im nachhinein allein mit Verstand und Vernunft beizukommen versuchten und solches Trachten von vornherein verfehlt erschien. Hatte nicht selbst Thomas Mann in seiner aufrüttelnden Rede über „Deutschland und die Deutschen“ eine tiefe Tragik im deutschen Wesen entschlüsselt, die am Ende so etwas wie ein Anrecht auf Gnade verhieß?<sup>14</sup>

Einsicht und Bekenntnis, Selbstmitleid und Trotz blockierten einander, je mehr sich die Jahre 1945/46 bei den gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen in Westdeutschland als

letztlich eher gleitende Zäsuren gestalteten, vor allem dann, wenn man diesen Prozeß mit dem radikalen und zugleich brutalen Systemumbau in der SBZ verglich<sup>15</sup>.

Gerade der westliche Schulterschluß gegen die rote Diktatur verleitete nicht wenige Deutsche dazu, die braune Diktatur nur selektiv aufzuarbeiten. Deutsche Verbrechen wurden gegen die Greuel-taten der Roten Armee, deutsche Vernichtungsaktionen gegen die Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis oder Dresdens und Hamburgs gestellt. Abrechnungen wurden zu Aufrechnungen, die Begegnung mit der Schuld führte oft zu den vielfältigsten Formen eines eigentümlich gespaltenen Bewußtseins.

---

### III. Zwischen Selbstbehauptung und Schuldbekentnis

---

„Wir sind alle schmutzig geworden“, bekannte Theodor Heuss im Namen vieler Menschen, die sich in die totalitären Lebensbedingungen hatten einkrümmen lassen<sup>16</sup>. Doch Inbegriff des Verwerflichen wollte man auch nicht sein. Erst recht nicht bloßes Exekutionsorgan einer „deutschen Daseinsverfehlung“, deren angebliche Logik Ernst Niekisch vom Luthertum über die Romantik und den Pangermanismus bis zum Bestialismus eines „Reichs der niederen Dämonen“ zur fundamentalen Anklage erhob<sup>17</sup>, während Karl Jaspers eine Kollektivschuld des deutschen Volkes verneinte<sup>18</sup>.

Laut und heftig vervielfältigte sich der Streit über das Verhalten und Fehlverhalten derjenigen deutschen Dichter und Schriftsteller, die geblieben bzw. die in die Emigration gegangen waren (Thomas Mann/Walter von Molo/Frank Thieß). Diese

---

15 Vgl. zu diesem Komplex Ludwig Erhard, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimile-Druck der Denkschrift von 1943/44. Mit Vorbemerkungen von Ludwig Erhard, Theodor Eschenburg und Günter Schmolders, Frankfurt a.M. 1977; Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5); Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988.

16 Zit. nach Klaus-Dietmar Henke, Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 128.

17 Vgl. Ernst Niekisch, Deutsche Daseinsverfehlung, Berlin 1946; ders., Das Reich der niederen Dämonen, Hamburg 1953.

18 Vgl. im Zusammenhang Erwin Wickert, Mut und Übermut. Geschichten aus meinem Leben, Stuttgart 1991, S. 257.

10 Vgl. Helmut Heiber (Hrsg.), Goebbels-Reden. Bd. 2: 1939–1945, Düsseldorf 1972, S. 402, Fußnote 78.

11 Vgl. Thomas Flemming/Axel Steinhage/Peter Strunk, Chronik 1945, Dortmund 1988, S. 121, linke Spalte.

12 So wurde etwa der zweiteilige (gespaltene!) Damenbadanzug Bikini nach dem Atoll genannt, auf dem die Atombombenversuche stattfanden. In Frankreich zeigte das Werbeplakat für diesen Anzug eine wohlgeformte Eva in einer Explosionswolke mit der Unterschrift „Chaleur AT(H)OME“.

13 Erich (von) Kahler, Die Verantwortung des Geistes, in: Die Neue Rundschau. Sonderausgabe zu Thomas Manns 70. Geburtstag, 6. Juni 1945, S. 58.

14 Vgl. Thomas Mann, Deutschland und die Deutschen, in: Die Neue Rundschau, (1945/46), S. 21.

weit mehr rechtende als „liebende Kommunikation“ (Karl Jaspers) offenbarte der Brief Hermann Hesses zu diesem Thema, den die Baseler „National-Zeitung“ veröffentlichte und in welchem der deutsche Wahl-Schweizer bitter von den vielen sprach, die ihn um Entlastung angeschrieben hätten. Um Schlimmeres zu verhüten, hätten sie bei den Nazis mitgemacht, offiziell zwar mit einem Bein in der NSDAP, aber mit dem anderen fast schon im KZ stehend<sup>19</sup>. Schwäche, Irrtum, Verzweiflung und Selbstbehauptung regten sich gegen das, was Werner Bergengrün in seinem Zyklus „Dies Irae“ andeutete. Dort heißt es:

„Die Zeit ist reif, das Messer steche  
In die verhüllte Schwäre ein,  
Die feige Sehnsucht unserer Schwäche:  
Zugleich zwei Herren dienstbar sein.“<sup>20</sup>

Aber war es tatsächlich nur böser Trotz, als bei einer Umfrage 1951 rund 40 Prozent der Deutschen behaupteten, die Jahre von 1933 bis 1938 seien Deutschlands beste Zeit gewesen?<sup>21</sup> Entschieden den Krieg und die Vernichtung der Juden ablehnend, wurden zugleich für die einstige Bejahung Hitlers der Aufstieg aus dem Weimarer Elend, die Befreiung vom Versailler Friedensdiktat, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der nationale Aufbruch, der Respekt des Auslands und dessen Sympathie („Olympische Spiele 1936“) für die Erneuerung des Reiches vehement geltend gemacht. Die Beseitigung der „Linken“, der Terror und die öffentliche Kontrolle erschienen im Gegensatz dazu als tolerable Tribute. Daß man nach der Casablanca-Einforderung der bedingungslosen deutschen Kapitulation nicht mehr *auf*, aber *an* Hitlers Seite weiterkämpfen mußte, bildete ebenso ein Entlastungsargument wie wohl jenes, das exemplarisch der von den Nazis wegen seiner Bekanntschaft mit Gördelier inhaftierte Historiker Gerhard Ritter in der Rückschau formulierte: „Was die Masse Hitler zutrieb, war nicht nur ein wirtschaftlicher Notstand größten Ausmaßes, auch nicht nur die doppelt schwere Enttäuschung zuerst durch die Monarchie, dann durch die Republik, sondern hinter allem der tiefverletzte Stolz eines großen, starken und selbstbewußten Volkes, das

sich weigerte, den Schuldspruch von Versailles und die dort geschaffene Machtverteilung als endgültig hinzunehmen. So war der Glaube (ob berechtigt oder unberechtigt), dieses Kriegsende hätten wir nach vier Jahren gewaltiger soldatischer Leistungen und unerhörter Opfer einfach nicht verdient.“<sup>22</sup>

Entsprechend trieben die Rückfragen an die Geschichte viele und vieles in flirrende Ambivalenzen. Selbst das Stuttgarter Schuldbekennnis der evangelischen Kirchen blieb vom Vorwurf des Opportunismus und der Anbiederei bedrängt. Einerseits wurden ferner etwa die Nürnberger Prozesse von manchen Deutschen als Siegerjustiz denunziert, andererseits reagierte man in der Öffentlichkeit mit Hohn auf die nichtpauschalen, differenzierenden Urteile zwischen verhängten Todesstrafen und drei Freisprüchen. Der Ankläger Robert M. W. Kempner mokierte sich noch später über die ihm zur Vernehmung vorgeführten „süßsauren Personen“ aus der NS-Elite, während Wilhelm Grewe in einer brillanten Analyse angesichts einer fehlenden internationalen Exekutive und Legislative die Strafgerichtsbarkeit Nürnberger Stils als bedenklich kritisierte. Das Janusköpfige des Prozesses, sorgte sich der Völkerrechtler Grewe, könne wegen der politisierten Justizmaschinerie „gewisse Figuren“ zu Märtyrern machen, „die sich das selbst nicht haben träumen lassen“<sup>23</sup>.

Aus der wachsenden Zerspaltung der Auffassungen, der vielfach eifernden Miteinanderlosigkeit, organisierte sich allerdings auch keine gemeinsame Front der Rache seitens der vielen Verfolgten und Geschlagenen. „Gewiß, die Besatzungsmächte waren gerüstet, Unruhen zu verhindern, doch einen allgemeinen anti-nationalsozialistischen Volkszorn brauchten sie in Deutschland nicht zu ersticken, denn es gab ihn 1944/45 nicht; gewaltsame Abrechnungen mit den Trägern des untergehenden Systems waren selten.“<sup>24</sup>

Was einer offenen, umfassenden Konfrontation von Gut und Böse entgegenwirkte, sie obstruierte oder „bremste“, waren die präsenten Millionen von Mitläufernaturen. Sie personifizierten den

19 Nachdruck des Briefes in: Die Neue Rundschau, (1945/46), S. 486 ff. Andererseits irritiert noch heute der hohe Ton der Mann-Kritiker; so schrieben die Herausgeber der „Gegenwart“, 1 (1945), S. 26: „Aber wer einmal in die Fremde gegangen ist, der vermag nach einem eigentümlich unerbittlichen Gesetz die Dinge der Heimat nicht mehr für seine Person ins reine zu bringen. Er bleibt Zuschauer, und es ist im Grunde gleichgültig, ob er es wohl hat in einer Loge oder bitter auf einem Stehplatz.“

20 Zit. nach: Die Neue Rundschau, (1945/46), S. 443.

21 Vgl. Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München 1979, S. 34.

22 Gerhard Ritter, Das deutsche Problem. Grundfragen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962, S. 195 f. Vgl. besonders Thomas Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 186 ff.

23 Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt a. M. 1983, S. 437; Wilhelm Grewe, Strafbarkeit des Angriffskriegs? Zwischen „klassischem“ Völkerrecht und „Weltrecht“, in: Die Gegenwart, 15. Januar 1949, S. 13 ff. Vgl. im Kontext Christa Hoffmann, Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn-Berlin 1992, S. 59 ff.

24 K.-D. Henke (Anm. 16), S. 129.

„Terror der Anständigen“ (Rudolf Krämer), die einst mit der Akklamierung Hitlers Freiheit für Ordnung gegeben hatten, um sich etwas kaufen zu können. Und die nun klare Bekenntnisse ebenso scheuten wie unmittelbare Verantwortung, die in ihrem Mißtrauen gegen alles und in ihrer Vorsicht vor jedem die Kunst des einträglichen Durchwurstelns übten. Die Erziehung vom Untertanen zum aktiven und kritischen Staatsbürger formulierte Rudolf Krämer deshalb als zentralen Auftrag: „Die einzige Möglichkeit, solche Menschen wie die, mit denen wir nun einmal rechnen müssen, zur Tätigkeit zu bringen, ist: ihnen moralisch das Gefühl von Anständigkeit und politisch das Gefühl von Sicherheit zu geben, und dann? Sie die Entdeckung machen zu lassen, daß ihre Stimme gehört wird, in den Parteien, in der Presse, in jeder Einrichtung öffentlichen Gedankenaustausches. Daß gerade heute die zur Sprache gebrachten Nöte, wenn einmal Vertrauen gewonnen ist (Sicherheit!), praktischer Natur sind, gibt uns die Chance, die Politik endlich aus dem Bereich von Phrasen und pharisäerhaftem Doktrinarismus zu lösen und in die ihr zugehörige Bahn zu lenken. Hier bleibt dann freilich das meiste noch zu tun.“<sup>25</sup>

In der Tat fanden die Deutschen durch die Fragmente ihres Reiches, durch die äußeren und inneren Trümmergebirge, durch die vor Erschöpfung müde Zeit nur schwer hindurch zu einem kollektiven Neubeginn<sup>26</sup>. Neue Offenheit staute sich an alten Ressentiments. Erst Marshallplan, Kalter Krieg, Währungsreform und Ludwig Erhard sorgten für eine wirkliche Systemveränderung, die „die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen brachte“<sup>27</sup>. Es wuchs das Vertrauen zur Demokratie. Und Demokratie, so Gustav Radbruch, „hieß nicht: Warten auf den großen Mann. Demokratie ist vielmehr eine Staatsform, die auch ohne Genies, mit guten Durchschnittsmenschen als Führern, funktioniert. Große Männer sind oft zum geschichtlichen Unglück ihres Volkes geworden, weil sie den Staatsapparat so einrichteten, daß er ohne ihre Führung nicht mehr funktionieren konnte.“<sup>28</sup>

25 Rudolf Krämer, *Terror der Anständigen?*, in: *Die Wandlung*, 5. Juni 1947, S. 384.

26 Vgl. Hermann Glaser, *Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989*, Bonn 1991, S. 19 ff. Exemplarisch wohl Rudolf Pechel: „Denn erst in jahrzehntelanger mühseliger Kleinarbeit werden sich wohl jene Worte wegwischen lassen, die heute für das Empfinden vieler Deutschen und vieler ausländischer Betrachter über dem Bau der zweiten deutschen Republik zu stehen scheinen: *Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate*“, in: *Deutsche Rundschau*, März 1947, S. 171 („Von draußen gesehen“). (Dem Sinn nach: „Laßt fahren alle Hoffnung, wenn ihr hier eintretet.“)

27 Hans Maier, *Die Deutschen und die Freiheit. Perspektiven der Nachkriegszeit*, München 1987, S. 18 f.

28 Gustav Radbruch, *Politische Aphorismen*, in: *Die Wandlung*, Juni 1947, S. 394.

---

## IV. Zur Gegenwart von Geschichte in unserer Zukunft

---

Einerseits am stützenden Spalier der westlichen Besatzungsmächte entlang, andererseits aus eigenem Willen lernte Westdeutschland, mit der Demokratie nicht allein nur im technischen Sinne umzugehen. Wandelten wir uns aber so, daß Demokratie „unser praktisch seelischer Ausdruck“ wurde, wie es Alfred Weber mit der Forderung nach einer neuen ethisch-politischen „Grunderziehung“ verlangte?<sup>29</sup> Die Antwort lautet wohl Ja. Der rechte und linke Extremismus konnten juristisch auf Distanz, politisch unter Quarantäne gehalten werden. Der Prozeß von *checks and balances* funktioniert. Außenpolitisch verzichtete die Bundesrepublik auf Sonderwege. Die Integration in UNO, EU, NATO, WEU schuf ein Weltvertrauen zu Deutschland, ohne das die Vereinigung der beiden Teile Deutschlands nicht zustande gekommen wäre. Seine humanitären Leistungen für bedürftige Regionen wie auch die großzügige Aufnahme von Menschen aus Krisengebieten werden gegenwärtig von keinem anderen Land Europas erreicht. Es gibt keinen auf deutsche Machtpolitik gerichteten Revisionismus. Im Inneren wurde die Vergötzung des Staats, die Anbetung seiner Omnipotenz überwunden und die „einzigartige Würde der menschlichen Person“ zum Grund für vielfache Abwehrrechte des Individuums gegen staatliche Anspruchsgewalt<sup>30</sup>.

Mit der Vereinigung scheint sich indessen die „deutsche Frage“ nicht erledigt, sondern eher entriegelt zu haben. Nun muß eine doppelte „Vergangenheitsbewältigung“ geleistet werden. „Geschichte ohne Tragik gibt es nicht, und das Wissen ist besser und heilsamer als die Unkenntnis“ (H. G. Adler)<sup>31</sup>. Das Wissen zu ordnen und zu ertragen, um es zu rechnen nach Schwarz oder Weiß, wäre verfehlt. Gabe und Verlangen gehen in sich selbst nicht auf. „Aus Schwarz und Weiß“, zitiert Gerhart Hauptmann in seiner Tintoretto-Studie den Satz Ernst Bertrams, „baut sich das ernsteste und (einstweilen) wahrste Bild der Welt.“<sup>32</sup>

29 Alfred Weber, *Haben wir Deutschen nach 1945 versagt? Politische Schriften*, München 1979, S. 243.

30 Vgl. die programmatische Rede Konrad Adenauers in der Kölner Universität am 24. März 1946, in: Manfred Overesch, *Deutschland 1945–1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik in Darstellung und Dokumenten*, Düsseldorf 1979, S. 201 f.

31 Zitiert nach Raul Hilberg, *Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaustforschers*, Frankfurt a. M. 1994, S. 7.

32 Zitiert nach: *Deutscher Geist. Ein Lesebuch aus zwei Jahrhunderten*, Bd. 2, Kempten 1959, S. 589.



Ernst von Weizsäcker, einst Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Mitarbeiter von Ribbentrops, schrieb im Gefängnis am 19. Oktober 1947, seine Anklageschrift erwartend, die Worte nieder: „Gut und Böse, Licht und Schatten, Position und Negation, diese Duplizität steht doch am Anfang. Es ist mit dem Geist aufzunehmen, der stets verneint, damit er das Gute schaffe, das ist doch eigentlich der Sinn des Lebens.“<sup>33</sup>

Fünfzig Jahre nach Kriegsende zeigt sich die Bundesrepublik eher als Gestaltungswille denn als Requiem. Aber dazwischen sind unsichtbare Fäden eingewirkt. Sie werden spürbar in einer Vereinbarung totalitärer Erfahrung mit belohnender lebensstüchtiger Hoffnung: „Indessen, was die Kraft unseres Wollens übersteigt, bewegt sich vielleicht auf dem Weg des Leidens zu seinem Ziel. Auch die Tragödie der modernen Kultur findet vielleicht irgendwo, wohin wir nicht mehr reichen, ihre Versöhnung.“<sup>34</sup> Wenn 1945 einen lebendigen Sinn haben, 1989 eine Verpflichtung bleiben soll, dann gilt es, die Wege füreinander offenzuhalten. Auf jene Versöhnbarkeit hin.

Unser Denken und Tun an dieses Ziel fest zu binden fordert ein sehr ernsthaftes Bemühen. Es beweist sich dauerhaft nicht zuletzt darin, daß umgekehrt proportional zum zeitlichen Abstand vom Dritten Reich dessen Erforschung und öffentliche Diskussion an Intensität zugenommen haben. Dabei ergaben sich nicht nur verbesserte Einsichten in die weitreichenden Ambivalenzen und Bewußtseinspaltungen, welche sich in der Haltung der Deutschen zur NS-Herrschaft ausprägten. Es gab dank eingehender Untersuchungen auch eine ausgewogenere Verständigung über das „Andere Deutschland“, über seinen Mut, über sein Leiden, seine Verweigerung, seinen Widerstand und dessen Grenzen. Dieses moralisch ehrfurchtgebietende, indessen politisch ohnmächtige „Andere Deutschland“ verhinderte, daß sich die Bundesrepublik auf Unehre gründen mußte.

Einen Absturz in Unehre würde es wohl heute nicht bedeuten, wenn nach Jahrzehnten eine Sühne verpflichtend bliebe, welche auch das öffentliche Gedenken an deutsche Kriegstote, Verschleppte, Vertriebene, Vergewaltigte, Verkrüppelte und Geschändete zuließe und die Trauer um sie dem kollektiven Gedächtnis der Nation nicht entrückte. Denn wird man allen Opfern gerecht, indem man deutsche Schuld totalisiert? Stehen alle Lebenden und Toten, die Mordmaschinenten und die Flakhelfer, unter derselben An-

klage?<sup>35</sup> Unter derselben etwa auch alle Frauen und Kinder, alle jene Mitmacher, Hinnehmer, die sich aus falschem Gehorsam, aus Verblendung, aus persönlicher Ausweglosigkeit verstrickten? Mit dem vielstrapazierten Begriff „Verstrickung“ soll keineswegs die Preisgabe des Prinzips der persönlichen Schuld angeregt, aber doch dessen Erweiterung um die Dimension menschlicher Tragik duldbarer werden. Dies wäre gewiß kein Vorspiel zur eigenmächtigen Selbstbegnadigung. Auf sie besteht kein Anrecht. Aus der Geschichte ist es nicht einklagbar. Dieses Bewußtsein historisch-menschlicher Tragik ist abzuleiten aus dem Wissen über uns selbst, aus unserem Gewissen und verknüpft mit universeller, leidverbundener Hoffnung.

Ein solches fragendes Erhoffen kann seine Verbindlichkeit nur im tätigen, bekennenden Streben ausweisen. Es würde den Verdacht Karl Löwiths weiter beseitigen, daß die Deutschen „keinen Sinn für die vernünftige Verwendung der Freiheit in den Grenzen des Menschlichen“ hätten<sup>36</sup>. Zugleich wäre es eine mutige Infragestellung der bitteren Ironie Veit Valentins, der am Ende seiner „Geschichte der Deutschen“ (1946) bemerkte: „Wenn man durch Schaden klug werden kann, dann werden die Deutschen binnen kurzem die weiseste Nation der Welt sein.“<sup>37</sup>

Krieg und Nachkriegszeit bleiben wohl auf Dauer Themen deutscher Selbstbegegnung, und dieses in einem Bestimmungsrahmen, den geradezu exemplarisch das erste Heft der „Neuen Rundschau“ vom Oktober 1945 mit seinen drei Beiträgen von Thomas Mann, Lise Meitner und Carl Zuckmayer dem künftigen Deutschland vorgab: Lise Meitners Aufsatz über das „Atom“ bildete die Metapher für das neue, bedrohliche Zeitalter, welches den Aufstieg der USA zur Weltmacht einerseits und andererseits den Status Westdeutschlands als Juniorpartner des Westens bedeutete<sup>38</sup>. In Zuckmayers Stück „Des Teufels General“ entfaltete sich die Spannungsvielfalt zwischen Bosheit, Buße, Last und Läuterung – Leitworte anhaltender Selbstprüfung. Aus Thomas Manns Versuch über die deutsche Unfähigkeit zur Politik des rechten Maßes bildete sich in Jahrzehnten jene praktische Besonnenheit, die die Chance zum Gegenbeweis zwischen Zuversicht und Sorge bislang wohl nicht vertan hat.

35 Vgl. zur Spannungslage etwa Rolf Schörken, *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Frankfurt a. M. 1994, S. 28 ff.

36 Karl Löwith, *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Ein Bericht*, Frankfurt a. M. 1989, S. 41.

37 Veit Valentin, *Geschichte der Deutschen*, erw. Ausgabe, Köln 1979, S. 642.

38 Vgl. hierzu den anschaulichen Bericht von Theodor Heuss über die Annäherung in der Praxis, in: Martin Vogt/Ralf Dahrendorf, *Theodor Heuss. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden*, Tübingen 1984, S. 526 f.

33 Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Berlin 1974, S. 416.

34 Hans-Georg Gadamer, *Prometheus und die Tragödie der Kultur*, in: *Die Wandlung*, 1 (1945), S. 611.

# Historische Orte sichtbar machen Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland

In den letzten Jahren hat das Wissen und die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus in der alten Bundesrepublik und auch im Westteil der Stadt Berlin stark zugenommen. In der Schule wird die Behandlung des Themas in verschiedenen Jahrgangsstufen und Fächern durch die Lehrpläne vorgeschrieben, die historische Forschung zu den NS-Verbrechen hat zahlreiche neue Erkenntnisse gebracht, und an vielen Orten bemühen sich Gedenkstätten und Initiativen, an diese Geschichte und an das Schicksal der NS-Opfer zu erinnern. In der DDR hatte die Beschäftigung mit der NS-Zeit einen hohen Stellenwert in Staat und Gesellschaft, wenn auch mit einer im Vergleich zum Westen abweichenden inhaltlichen Ausrichtung.

Am Beispiel des Umgangs mit den Stätten, an denen NS-Verbrechen begangen wurden, soll im Folgenden dargestellt werden, wie sich die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und das Gedenken an die Opfer dieser Verbrechen im Nachkriegsdeutschland entwickelt und in den beiden deutschen Staaten verschieden gestaltet hat. Daran anknüpfend sollen die Möglichkeiten beschrieben werden, die pädagogische Vermittlungsarbeit im Zusammenhang mit diesen Orten hat – sowohl für die individuellen Besucher wie auch als Zeichen für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der deutschen Gesellschaft.

---

## I.

---

Die ersten Denkmale wurden in den westlichen Besatzungszonen unmittelbar nach dem Krieg, in der Regel von den überlebenden Häftlingen selbst, errichtet. Als Beispiele seien hier die beiden Obeliske, die sowjetische Kriegsgefangene in Sandbostel und Stukenbrock errichtet haben, erwähnt. Derartige Mahnmalsbauten wurden in den Jahren bis 1947 erschaffen, als die großen Kriegsverbrecherprozesse, die Entnazifizierung und zahlreiche literarische Erinnerungsberichte an die NS-Haft das gesellschaftliche Klima bestimmten. Viele dieser Denkmale wurden im Laufe der fünfziger Jahre wieder abgetragen – teilweise, weil die einfachen

Materialien, die nach dem Kriege zum Bau zur Verfügung standen, ohne Pflege verrotteten, teilweise, weil sie bewußt zerstört worden waren. Das Mahnmal in Sandbostel wurde gesprengt und Mitte der fünfziger Jahre statt dessen auf dem Friedhof der sowjetischen Gefangenen ein aus drei Stelen zusammengesetztes Ensemble errichtet.

Diese Mahnmalsgestaltung ist in zweifacher Hinsicht typisch für diese Zeit: Zum einen findet das Gedenken nur noch auf Friedhöfen statt, ohne daß eine historische Information gegeben wird, und zum anderen werden für das Gedenken christliche Symbole benutzt, die das spezifische Schicksal der Opfer und ihre Weltanschauung eher verschweigen. Zahlreiche NS-Opfer, häufig aus dem osteuropäischen Ausland, wurden in den fünfziger Jahren von ihren Ruhestätten in Lagernähe in zentrale Kriegsgräberstätten, oft unmittelbar neben Soldaten und SS-Angehörige, umgebettet und an ihren Grabstätten nichtssagende Tafeln mit Aufschriften wie etwa „Den Toten 1933–1945“ angebracht.

Teilweise wurden die Geschehnisse auch ganz ausgeblendet, wie in Breitenau bei Kassel, wo noch 1983 auf einer Informationstafel mit einem Überblick über die Geschichte des Klosters die NS-Zeit, in der dort ein frühes KZ und ein Arbeitserziehungslager der Gestapo bestanden hatten, weggelassen wurde. Häufig hat man die Konzentrationslager oder NS-Haftstätten nach der Befreiung anderer Nutzung zugeführt. In Neuengamme wurde ganz bewußt als demokratischer Gegenentwurf zur KZ-Haft auf dem ehemaligen Lagergelände eine Justizvollzugsanstalt errichtet. Zahlreiche andere Lager sind nach 1945 als Sammelorte für Displaced Persons oder deutsche Flüchtlinge, vor allem aus dem Osten, genutzt worden. Des öfteren wurde Gewerbe auf dem Gelände angesiedelt.

Diese Nutzung macht deutlich, daß die NS-Haftstätten in einer Kontinuität der Ausgrenzung von Menschen stehen, die häufig schon vor 1933 vorhanden war und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges übergangslos fortgesetzt wurde.

Das Beispiel Breitenau soll hier nochmals aufgegriffen werden: In Teilen dieses ehemaligen Benediktinerklosters wurde im 19. Jahrhundert eine „Korrektions- und Landesarmenanstalt“ als Ort

der Ausgrenzung mittelloser alter Menschen, Nichtseßhafter und Prostituerter eingerichtet. 1933/34 bestand dort ein frühes staatliches Konzentrationslager. Im „Arbeitserziehungslager“ wurden ausländische Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges terrorisiert. Nach dem Krieg hat man in denselben Gebäuden ein Heim für „schwererziehbare Mädchen“ eingerichtet.

Das seit Mitte der fünfziger Jahre kontinuierliche Drängen der Häftlingsorganisationen, die – insbesondere aus dem westlichen Ausland – an den Jahrestagen ihrer Befreiung die ehemaligen KZ-Standorte besuchten, hat dazu geführt, daß seit Ende der fünfziger Jahre an einigen Orten Mahnmale oder Gedenksteine aufgestellt wurden und hin und wieder kleine, jedoch eher ungenügende Ausstellungen, wie z.B. die 1966 eingeweihte Gedenkstätte in Bergen-Belsen, an die KZ-Geschichte erinnerten. Für diese Periode steht auch Hamburg-Neuengamme, wo zwischen 1958 und 1965 eine Stele, eine Plastik, eine Ehrenmauer und Gedenkplatten mit der Nennung der Herkunftsländer der Häftlinge entstanden sind.

Dachau bildet eine Ausnahme, da hier bereits 1965 – unter der Aufsicht des internationalen Lagerkomitees – die erste Gedenkstätte mit einer ständigen Ausstellung und fest angestelltem Personal eröffnet wurde.

Von einer regelrechten Bewegung zur Gründung von Gedenkstätten kann man erst ab Anfang der achtziger Jahre sprechen: Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Mahn- und Gedenkstätte in einer ehemaligen Synagoge in Essen sind 1981 eingeweiht worden, die Gedenkstätte des KZ Niederhagen in der Wewelsburg bei Paderborn 1982, die Gedenkstätte Breitenau und der Obere Kuhberg in Ulm 1984. Diese Aufzählung könnte durch zahlreiche kleinere und größere Einrichtungen, die bis heute noch hinzugekommen sind, fortgesetzt werden.

---

## II.

---

Aus dieser Beschreibung wird ersichtlich, daß der Begriff „Gedenkstätten“ auf Einrichtungen angewandt wird, die sich an einem historischen Ort befinden, diesen durch eine Ausstellung dokumentieren und interpretieren sowie mit haupt- oder ehrenamtlichen Mitarbeitern eine Besucherbetreuung und historische Forschungsarbeit ermöglichen. Nach dieser Definition bestehen zur Zeit etwas mehr als 60 Gedenkstätten in Deutschland. Die Größe der Einrichtungen reicht dabei

von der Gedenkstätte Buchenwald mit über 50 Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen und einem Millionenetat – der im Vergleich zu den Anforderungen immer noch zu gering ist – bis hin zu kleinen Initiativen, die mit ehrenamtlichen Mitarbeitern den Zugang zur historischen Ausstellung nur nach konkreten Absprachen öffnen können. Ebenso ist die Finanzierung sehr unterschiedlich: Zum Teil sind Kommunen (z.B. Düsseldorf, Essen) oder Landkreise (Wewelsburg bei Paderborn), zum Teil auch Bundesländer (Dachau, Neuengamme, Bergen-Belsen) für die Finanzierung zuständig. Seit der deutschen Vereinigung beteiligt sich die Bundesregierung, bedingt durch den hohen Finanzbedarf und die politische Bedeutung der Einrichtungen, mit einem Zuschuß in Höhe von fünfzig Prozent zu den Landesmitteln an den Kosten der Gedenkstätten in Thüringen (Buchenwald und Mittelbau-Dora) sowie in Brandenburg (Ravensbrück, Sachsenhausen und die Außenstelle im Zuchthaus Brandenburg). Die Gedenkstätten in Berlin – Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz und Stiftung Topographie des Terrors – erhalten ebenfalls Bundeszuschüsse.

Diese Institutionen sind zu unterscheiden von den über 1600 von der Bundesregierung offiziell anerkannten NS-Haftstätten und den ungezählten Gedenktafeln und -steinen oder Mahnmalen, die vor Ort an die NS-Verbrechen erinnern, ohne daß dort eine kontinuierliche inhaltliche Betreuung sichergestellt ist<sup>1</sup>.

In der DDR war die Situation insbesondere für die Ende der fünfziger Jahre eröffneten „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen, aber auch für zahlreiche kleinere Gedenkstätten und „antifaschistische Traditionskabinette“ insofern unterschiedlich, als die zu vermittelnden Inhalte zentral vorgegeben waren. Die DDR-Gedenkstätten folgten der offiziellen Parteilinie und den Vorstellungen der Sichtweise der Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes. Diese Verengung auf die Glorifizierung des Kampfes und der Kämpfer gegen den Faschismus fand seinen relativ späten Ausdruck auch in dem endgültigen Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1953, die unmittelbar nach Kriegsende noch auf breiter Basis von

---

1 Zu den Haftstätten vgl. Bundesanzeiger, Nr.64, vom 24.9.1977. In dem von Ulrike Puvogel bei der Bundeszentrale für politische Bildung zusammengestellten Buch „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ (Bonn 1987) sind schätzungsweise 2000 Gedenktafeln und -steine sowie Gedenkstätten aufgeführt. Eine erweiterte Neuauflage dieses Buches wird 1995 erscheinen. Ein eigener Band über die neuen Bundesländer ist ebenfalls in Arbeit.

Überlebenden verschiedener Häftlingsgruppen gegründet worden war.

Bei der Errichtung der großen Gedenkstätten Ende der fünfziger Jahre stand die zuständige Abteilung des Museums für deutsche Geschichte vor dem Problem, daß entweder – wie in Ravensbrück – das Gelände von der Sowjetarmee besetzt und somit unzugänglich war oder – wie in Buchenwald und Sachsenhausen – wegen der weiteren Nutzung der KZ-Gebäude durch die Besatzungsmacht als Speziallager Umbauten vorgenommen und nach Auflösung dieser Lager Gebäude und -teile als Baumaterialien von der Bevölkerung entfernt worden waren. Auch in diesen Fällen waren es hauptsächlich ehemalige Häftlinge, die sich schon früh für die Sicherung der Anlagen sowie für Dokumentations- und Forschungsarbeiten eingesetzt bzw. dies gegenüber der Staatsführung immer wieder eingeklagt hatten.

Bei der Gestaltung der Gedenkstätten und der dazugehörigen Ausstellungen kam der ideologische Grundgedanke zum Tragen, aus dem Widerstand und dessen Verfolgung die Gründung der DDR mit dem moralischen Impetus des Leidens in den KZs zu untermauern. Nicht die historische Information, sondern die Herausbildung von positiven Einstellungen zur DDR standen dabei im Mittelpunkt. So wurde in Buchenwald neben der Rekonstruktion des Lagerzauns nur die Effektenkammer, die Desinfektion und das Krematorium erhalten, während die Barackenstandorte lediglich in ihren Grundrissen sichtbar gemacht wurden. Neu errichtet wurde die bekannte Mahnmalsanlage mit dem Glockenturm und der Figurengruppe von Fritz Cremer in etwa eineinhalb Kilometer Entfernung, in geographischer Nähe zu den Massengräbern. Bezeichnend ist, daß von den drei Entwürfen, die Fritz Cremer zu dieser Figurengruppe entwickelt hatte, der heroischste ausgewählt wurde.

Wie wenig die topographischen Zusammenhänge genutzt wurden, um auf historische Gegebenheiten hinzuweisen, kann am Beispiel der Gedenkstätte Sachsenhausen aufgezeigt werden. In der Dauerausstellung wurde zwar, der Dimitroff'schen Faschismus-Theorie folgend, auf die Verbindung von Großkapital und NS-Herrschaft hingewiesen, während der gesamten DDR-Zeit wurden aber von den Gedenkstättenmitarbeitern/-innen keinerlei Anstrengungen unternommen, diese Verbindung von Wirtschaft und NS-Terror anhand der direkt an das Gefangenenerlager angrenzenden Bereiche des Industriebetriebs oder des Hafenbeckens und der Ziegelfabrik am ehemaligen Hohenzollernkanal zu untersuchen, das Gelände zu sichern und in die Ausstellung einzubeziehen.

---

### III.

---

Wenn auch die politischen Vorzeichen sehr unterschiedlich sind, so lassen sich doch zahlreiche Parallelen zwischen dem Umgang mit der NS-Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland und dem in der Deutschen Demokratischen Republik feststellen.

Beide Gesellschaften haben sich nie mit ihrer Rolle als Tätergesellschaft auseinandergesetzt. Im Westen wurde dies durch den Kalten Krieg, das „Wirtschaftswunder“ und die Notwendigkeit der Integration der NS-Täter und -Mitläufer in die demokratische Gesellschaft verhindert. Im Osten wurde diese Auseinandersetzung durch die Geschichtsinterpretation unterbunden, daß die DDR sich auf der Seite der antifaschistischen Alliierten – und somit der Sieger – befände, womit allen Ostdeutschen das Identifikationsangebot als antifaschistische Widerstandskämpfer gemacht wurde; ferner auch mit der Begründung, die neue Gesellschaftsordnung in der DDR habe die alte Gefahr der NS-Barbarei überwunden.

Während in Westdeutschland für viele Initiativen, die sich in den letzten 15 Jahren für die Errichtung von Gedenkstätten einsetzten, gerade diese Verdrängung Ausgangspunkt ihres Engagements war, mußten sich in der DDR Menschen, die an der Geschichte der Opfer und an einer tiefergehenden, auch die individuellen Schuld- und Verantwortungsfragen nicht ausklammernden Auseinandersetzung interessiert waren, neben der parteioffiziellen Behandlung des Themas ihre eigenen, individuellen Wege suchen. In Kirchenkreisen war es noch am ehesten möglich, hierfür Gesprächspartner zu finden.

Gerade die auch heute noch bestehenden Unterschiede im Umgang mit der NS-Zeit und die Bedeutung der antifaschistischen Erziehung für die „gelernten DDR-Bürger“ genauer zu untersuchen, könnte bei einer Beschäftigung mit diesem Thema im vereinten Deutschland viel weiter helfen als das bloße Abqualifizieren dieser Erziehung als „verordneter Antifaschismus“.

Seit der Angliederung des Staatsgebiets der DDR an die Bundesrepublik ist die Arbeit der Gedenkstätten in den neuen Bundesländern einem grundlegenden Wandel unterworfen. Wenn die Gedenkstätten auch in Zukunft eine Bedeutung erhalten wollen, ist eine Grundvoraussetzung die (Zurück-)Gewinnung ihrer Glaubwürdigkeit. Dazu ist es unabdinglich, bisherige Tabus aufzugreifen, sich mit allen Facetten der Geschichte des historischen

Ortes zu befassen, die nicht repräsentierten Opfergruppen mit einzubeziehen sowie die frühere einseitige politische Instrumentalisierung zu beenden und aufzuarbeiten. Zahlreiche Schritte dazu sind bereits getan worden. Derzeit sind die Gedenkstätten der ehemaligen DDR dabei, das dokumentierte Material neu zu bearbeiten und dieses in veränderte Ausstellungen umzusetzen.

Der Umgang mit den Gruppen von NS-Verfolgten in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten zeigt erstaunliche Parallelen auf. Will man die äußerst komplizierten Entschädigungsregelungen auf einen Punkt bringen, so kann man festhalten: Abgesehen von der für die Betroffenen viel angenehmeren Rentenregelung in der DDR – im Unterschied zu den zahlreichen notwendigen Bedürftigkeits- und Anspruchsnachweisen in der Bundesrepublik – gibt es politisch bedingt einen großen Unterschied: Während im Westen die Verfolgtengruppe der Juden vergleichsweise gute Entschädigungsregelungen erhielt und 1956 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges den Kommunisten diese Regelungen generell wieder aberkannt wurden, war es im Osten Deutschlands genau umgekehrt. Sowohl in der Entschädigungsregelung als auch in der gesellschaftlichen Anerkennung sowie in den Ausstellungen in den Gedenkstätten ist die Gruppe der „vergessenen Verfolgten“ hingegen jeweils nahezu identisch.

Erst gegen Ende hat sich in der DDR eine langsame Änderung eingestellt. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde in seiner ganzen Breite salonfähig, und die Juden wurden als Opfergruppe allmählich in das Gedenken einbezogen. So wurde in Ravensbrück 1987 ein zusätzlicher Gedenkstein für die ermordeten Juden in das Rosenbeet bei den Tafeln für die Opfer aus 20 Nationen eingereiht. Eine Ausstellung in der Baracke 38 in der Gedenkstätte Sachsenhausen widmete sich ebenfalls dem jüdischen Schicksal – allerdings in einer folkloristisch verfälschten Art und Weise.

---

#### IV.

---

Es ist ein großes Verdienst der Gedenkstätten-Initiativen in Westdeutschland, die „vergessenen Opfer“ erstmals öffentlich zu erwähnen und sie „gedenkwürdig“ zu machen. Dabei wird deutlich, daß die Auseinandersetzung mit ihrer Verfolgungsgeschichte in der NS-Zeit auch immer mit einem Bemühen um gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Entschädigung sowie einer Bürgerrechtsarbeit verbunden ist. Gerade anhand der marginalisierten Opfergruppen zeigt sich auch,

daß die Ausgrenzung und die Vorurteile nicht mit der Befreiung vom Nationalsozialismus verschwunden sind, sondern bis heute weiter tradiert und in Bürokratie und Gesellschaft verankert sind:

- Opfer der Wehrmachtsjustiz gelten immer noch als Vorbestrafte, da die gegen sie verhängten Urteile der NS-Militärjustiz bis heute nicht für ungültig erklärt wurden.
- Seit Mitte der achtziger Jahre ist die Erinnerung an die Zwangssterilisation und den „Euthanasie“ genannten Krankenmord in Heilanstalten, etwa in Hadamar, Bernburg und Sonnenstein/Pirna bei Dresden, in Gedenkstätten wach. Bei den Behinderten und geistig Kranken handelt es sich um eine Menschengruppe, die immer noch am Rande der Gesellschaft steht und z. B. durch die aktuelle Diskussion um Eugenik und den Wert des Menschen bedroht ist. Aus der Geschichte wissen wir, daß diese Diskussion immer dann an Schärfe gewinnt, wenn die Haushaltsmittel knapp sind und man die Mittel, die für die Pflege und Unterstützung dieser Menschen aufgewandt werden müssen, kürzen möchte.
- Das Beispiel der Diskussion um die Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin macht deutlich, daß der in den achtziger Jahren erreichte Konsens, auch Kommunisten zu gedenken, wenn sie gegen Hitler Widerstand geleistet hatten, wieder aufgekündigt werden soll.
- Die Diskussion um das neu zu errichtende große Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden zeigt auf, daß sich Sinti und Roma immer noch nicht als „rassisch Verfolgte“ anerkannt fühlen. Sie fordern zur Erinnerung ein gleichwertiges Denkmal.
- Homosexuelle wurden bis zum Ende der sechziger Jahre von staatlicher Seite weiter verfolgt. Der in den letzten Jahren vollzogenen Anerkennung als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung steht eine aktuell zunehmende Anzahl an Überfällen auf Schwule gegenüber.
- Sowjetische Kriegsgefangene und zahlreiche andere ausländische Verfolgte der NS-Herrschaft sind kaum in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit gelangt. Für die Menschen hat diese Tatsache zur Folge, daß sie keine individuelle Entschädigung aus Deutschland erhalten haben. Die in den letzten Jahren stattfindenden Bemühungen, über Stiftungen in den osteuropäischen Ländern hier eine Abhilfe zu schaffen, kommen sehr spät und sind in der Umsetzung noch zu ungenügend, um tatsächlich einer großen Zahl von Überlebenden eine Erleichterung zu verschaffen.

zung bei der Bewältigung ihres Lebensabends zu bieten.

- Zeugen Jehovas sind bis heute so gut wie nicht in der Erinnerungsarbeit präsent, ebenso wie die Gruppe, die von den Nazis als „Asoziale“ ausgesondert und verfolgt wurde. Darunter befanden sich Bettler, Obdachlose, Wanderarbeiter, Prostituierte oder Sinti und Roma.

Trotz aller Kritik und Mängel kann man heute feststellen, daß es für einen solchen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte in keiner anderen Gesellschaft vergleichbare Beispiele gibt. Es ist erfreulich, daß sich zahlreiche Institutionen und Menschen, die sehr verschiedene politische oder persönliche Motive haben, mit der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte befassen. Auch die Vielfältigkeit der inhaltlichen Zugänge und Ziele ist ein großes Plus für die Auseinandersetzung mit diesem Thema in der deutschen Gesellschaft. Dennoch darf man nicht verkennen, daß die Menschen, die sich in dieser Intensität und Ernsthaftigkeit mit diesen Schicksalen befassen, eine Minderheit darstellen.

Diese erfreuliche Entwicklung wird allerdings immer wieder behindert. Der Landkreis Bremervörde begründete z. B. seine Nichtbeteiligung an einer Gedenkstätte für Hunderttausende Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Sandbostel mit dem Argument, daß er keinen Krieg erklärt habe und für die Behandlung der Gefangenen nicht verantwortlich sei.

Dieses Argument ist auch in anderen, unmittelbar in Lagernähe befindlichen Orten häufig anzutreffen, besagt jedoch nur die halbe Wahrheit. Natürlich wurden die Entscheidungen für Lagerstandorte meist zentral getroffen. Jedoch war die Bevölkerung vor Ort in vielschichtiger Weise mit dem Lager verbunden: Man hat Baustoffe und Lebensmittel geliefert, die Häftlinge als billige Arbeitskräfte genutzt oder sich vielleicht geschämt, nicht mehr Unterstützung für die Häftlinge, etwa durch Schmuggel zusätzlichen Essens, geleistet zu haben.

Auch die Bundesregierung, die sich trotz intensiven Drängens bisher noch nicht dazu geäußert hat, ob sie die Reisekosten für ausländische Überlebende zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung zu übernehmen bereit ist, behindert mit ihrer Passivität die tägliche Arbeit der Gedenkstätten, was gerade angesichts dieser für die Überlebenden so wichtigen Erinnerungstage, die weltweite Aufmerksamkeit haben werden, eher unverständlich ist.

Die Art und Weise des Rückbezugs zur NS-Geschichte und der Erinnerung an deren Opfer

zu bestimmten Anlässen – insbesondere an Gedenktagen – nimmt in jüngster Zeit immer stärker den problematischen Stil von Kampagnen an. Beispiele hierfür sind der 1994 begangene 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli und die von dem Film „Schindlers Liste“ ausgelöste Medienresonanz.

Durch einen solchen letztlich vordergründigen Umgang mit der Vergangenheit entsteht die Gefahr, daß politische und publizistische Rituale herausgebildet werden, die unglaublich sind. Gerade Schüler, die bei diesen Anlässen als erste Adressatengruppe für das „Lernen aus der Geschichte“ genannt werden, haben ein feines Gespür dafür, daß dadurch eine wirkliche Auseinandersetzung mit diesem Thema eher verhindert wird<sup>2</sup>.

Auch wenn 1995 nach den Feierlichkeiten und Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Befreiung der Eindruck entstehen könnte, nunmehr hätte sich das Thema Nationalsozialismus endgültig erledigt, sitzen die Wurzeln der NS-Vergangenheit in unserer Gesellschaft viel tiefer. Das Thema wird auf Dauer präsent bleiben und stets eine größere Anteilnahme haben als etwa die Behandlung der Geschichte des Kaiserreichs oder der Französischen Revolution. Dies liegt zum einen darin begründet, daß auch die heutige deutsche Gesellschaft viel zu sehr in die Kontinuitäten und Brüche mit der NS-Zeit verknüpft ist. Zum anderen wird der moderne Zivilisationsbruch des staatlich organisierten Völkermords während der NS-Zeit universell als Beispiel und Vergleichsgrundlage für viele andere Verbrechen in der öffentlichen Diskussion bleiben. Und zum dritten ist gerade in Deutschland bei Jugendlichen, auch wenn sie wenig Wissen über die NS-Zeit besitzen, zu beobachten, daß bestimmte Worte oder Verhaltensweisen, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung stehen, auf die eine oder andere Weise tabuisiert werden.

Die Frage für die Zukunft wird daher nicht sein, ob, sondern auf welche Weise es gelingt, die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in einer sinnvollen Weise so zu nutzen, daß ein Geschichtsbild bestehen bleibt, in dem diese Epoche und die von Deutschen begangenen Verbrechen in ihrer Bedeutung ernst genommen werden.

Darüber hinaus werden in Zukunft die Fragen, die sich aus der Beschäftigung mit diesem Abschnitt der deutschen Geschichte für die Auseinandersetzung mit der sich immer schneller verändernden heutigen Lebensumwelt ergeben, anders, vermutlich universaler, diskutiert werden können.

<sup>2</sup> Siehe hierzu das Interview mit dem Vorsitzenden des Verbands der Geschichtslehrer in Deutschland, Rolf Ballof, in: Die Zeit vom 19. 8. 1994.

---

## V.

---

Der besondere Ansatz der Gedenkstättenarbeit in Deutschland liegt darin, daß die Gedenkstätten ihre Informationstätigkeit mit Blick auf den Ort durchführen, an dem sie sich befinden. Dargestellt wird, daß die Geschichte an diesem Ort tatsächlich geschehen ist. Mit diesem örtlichen Bezug wird eine Konkretion, eine nacherlebte Ebene eingeführt – die Aura des Ortes –, die Interesse und Motivation evozieren kann. Es wird bei der Betrachtung der pädagogischen Praxis in Gedenkstätten deutlich, daß sie methodische und inhaltliche Elemente des Museums (Bewahren, Sammeln, Dokumentieren) sowie der Schule (Projektunterricht etc.) aufgreift. Trotz dieser Nähe zu anderen Formen der Bildungsarbeit bringt der Bezug zum Ort einige Besonderheiten mit sich. Die Authentizität des Geländes erschließt sich nicht von selbst, sondern muß dargestellt und interpretiert werden.

In Berlin läßt sich das anschaulich am Beispiel des „Prinz-Albrecht-Geländes“ verdeutlichen. Von den historischen Häusern konnten nur noch wenige Fundamente nach Jahrzehnten wieder ausgegraben werden. Es bedarf der Phantasie der Besucher, sich anhand der Informationstafeln die ursprünglichen Ausmaße der Gebäude zu vergegenwärtigen. Die historische Bedeutung des Ortes während der NS-Zeit erschließt sich darüber hinaus nur durch die dokumentierende Ausstellung. Diese wiederum gewinnt ihre Eindringlichkeit gerade durch den unmittelbaren topographischen Bezug.

Immer wieder machen Gedenkstättenmitarbeiter/-innen jedoch die Erfahrung, daß Besucher den historischen Ort mit ihren inneren Bildern von Verbrechen und Leid zu verbinden suchen, die mit der Geschichte, die hier stattgefunden hat, oft nichts zu tun haben. Am augenscheinlichsten wird dies, wenn Besucher in zahlreichen deutschen KZ-Gedenkstätten immer wieder nach dem Standort der Gaskammern fragen, die es dort häufig nicht gegeben hat.

Anhand der Erzählung der Geschichte eines einzelnen Ortes kann nicht das gesamte Unterdrückungs- und Verfolgungssystem des „Dritten Reichs“ verdeutlicht werden. Um z. B. die Einrichtung eines frühen Konzentrationslagers, wie des Columbia-Hauses in Berlin, verstehen zu können, muß man die historischen Zusammenhänge der Machtergreifung der Nationalsozialisten mit den seinerzeitigen Wahlergebnissen und gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnissen kennen. Da eine solche differenzierende Einordnung der Bedeu-

tung des Ortes in den historischen Gesamtverlauf nicht während eineinhalbstündiger Führungen geleistet werden kann, ist eine gute Vorbereitung auf diesen Besuch von großer Wichtigkeit.

An den konkreten Orten läßt sich auch der zeitliche Abstand sinnlich wahrnehmen. Dieser Aspekt bietet gute Ansatzpunkte, um auf die Distanz der heutigen Zeit zu den Ereignissen einzugehen sowie auf die Unmöglichkeit, diese Ereignisse tatsächlich heute nachzuerleben. Die „steinernen Zeugen“ bieten ferner gute Anlässe, die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Nachkriegsdeutschland zu problematisieren. Dies ist eine Ebene, auf der auch der Bezug zur heutigen Lebensumwelt hergestellt werden kann. Eine zweite Ebene ist der regionale Bezug zum Gedenkort. Hier wird deutlich, daß sich die Geschichte in der unmittelbaren Umgebung abgespielt und diese mitgeprägt hat.

Der Besuch einer Gedenkstätte als eines historischen Ortes ist daher mehr als normaler Schulunterricht. Der Lernortwechsel bietet die Möglichkeit, Schüler, die sich von der häufigen Behandlung des Themas Nationalsozialismus im Unterricht übersättigt fühlen, erneut zu motivieren und ihnen am konkreten Beispiel zu zeigen, daß es auch für sie noch Neues zu lernen gibt. Dabei beobachten Gedenkstättenmitarbeiter/-innen, daß Lehrer im Unterricht zum Thema Nationalsozialismus wesentlich höhere Maßstäbe für das Verhalten der Schüler und die inhaltliche Bearbeitung der NS-Zeit anlegen, als bei jedem anderen Stoff. Die Schüler spüren diesen moralischen Druck und geben ihm nach, indem sie die gewünschten Antworten reproduzieren oder sich oberflächlich anpassen.

Gute Erfahrungen machen Gedenkstättenmitarbeiter/-innen mit Lehrern, die sich selbst als Fragende einbringen und sich mit Neugierde als Lernende beteiligen. Eine solche Teilnahme überträgt sich auf die Schüler und fördert in der Regel ein waches Interesse der Lerngruppe.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wieso gerade Schüler immer im Zentrum der Forderungen nach Bildungsarbeit im Zusammenhang mit den NS-Verbrechen stehen. Vielleicht, weil man ihnen als einzigen den Gedenkstättenbesuch verordnen kann? Dabei wäre es viel wichtiger, die Eltern- generation und das Verhalten aller gesellschaftlichen Gruppen in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Denn hier wird das gesellschaftliche Klima erzeugt, in dem die Schüler lernen und ihre Verhaltenseinstellungen ausprägen.

Das Gedenken an den konkreten Orten der Verbrechen und des Schreckens wird sich in Zukunft

noch stärker von der Trauer zu einem Lernen und Mitempfinden verlagern. Trauer, als Empfindung des Verlustes und Abschiednehmens verstanden, kann nur um einen Menschen entstehen, den man gekannt und geliebt hat. Gedenken, das Nachgeborene und nicht unmittelbar Betroffene vollziehen, setzt als ersten Schritt Lernen und Aneignung von historischem Wissen sowie der Lebensumstände der Verfolgten voraus. Erst im zweiten Schritt kann sich dann eine emotionale Ergriffenheit einstellen, eine Empathie mit den Opfern.

Das würdige Gedenken an die Opfer hat zwei Dimensionen. Zum einen die öffentliche: Hier drückt sich in Ritualen und Zeichen die gesellschaftliche Anerkennung der Opfer des NS-Regimes aus. Die zweite Dimension des würdigen Gedenkens ist die individuelle: Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich der Biographie einzelner Opfer zu nähern. Als eine der besten Methoden – da auf Eigenständigkeit und Selbsttätigkeit abzielend – ist die Erstellung von Gedenkbüchern durch Besucher zu sehen, wie sie in der Alten Synagoge in Essen zuerst entwickelt wurde. Mit Hilfe von Gedenkstättenmitarbeiter/-innen können sich Interessierte durch Aktenstudium und Korrespondenzen mit heute noch lebenden Angehörigen oder Freunden das Schicksal eines NS-Verfolgten erarbeiten. Nach Abschluß der Recherche wird sie auf ihre Richtigkeit überprüft und anschließend in ein Gedenkbuch eingeschrieben, das für alle zugänglich in der Gedenkstätte ausliegt. Der Kontakt und das Gespräch mit Zeitzeugen, Überlebenden der NS-Verfolgung, hinterläßt meist einen tiefen und bewegenden Eindruck. Diese Betroffenheit ist eine wichtige Motivation zum Weiterdenken und zur Weiterarbeit, sie trägt jedoch nichts zum eigentlichen Erkenntnisprozeß bei. Es besteht die Gefahr, daß eine auf Emotionen zielende Pädagogik – die schockierende Konfrontation mit dem Grauen – lähmt und Lernblockaden auslöst. Dazu gehört auch, daß Versuche, sich im nachhinein mit den Opfern zu identifizieren, von Gedenkstättenpädagogen als falsch abgelehnt werden. Generell sollte die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen die Möglichkeit offenhalten, daß Lernende auch unbeteiligt bleiben oder sich dem Grauen entziehen können.

Der in den USA gebräuchliche Begriff „Holocaust“ bürgert sich auch in Mitteleuropa immer stärker zur Beschreibung des Völkermordes an der europäischen Judenheit und der an anderen Gruppen NS-Verfolgter verübten Verbrechen ein. Zwei bedeutende Unterschiede bestehen jedoch zwischen der inhaltlichen Ausrichtung dieses Begriffs und der Gedenkstättenarbeit in Mitteleuropa:

Wie schon erwähnt besteht in Europa der Bezug zum historischen Ort, der die museale Gestaltung dominiert. In den USA lebt die Darstellung hingegen völlig von der Inszenierung. Wenn man die Gedenkstättenlandschaft mit ihren Facetten als eine Einheit versteht, hat die Spezifizierung der Gedenkstätten in Mitteleuropa auf die örtliche Geschichte große Vorteile. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: In dem großen Holocaust-Museum in Washington ist nur in einer Vitrine Platz, um auf die „Euthanasie“-Verbrechen hinzuweisen, ohne die die Entwicklungsschritte zur Ermordung der Juden in Europa nicht zu verstehen sind. In Deutschland bieten die Gedenkstätten in Hadamar, Bernburg, Grafeneck und in Zukunft in Sonnenstein/Pirna umfassende Dokumentationen und Anlässe zur Auseinandersetzung mit der „Euthanasie“. Da im nachkommunistischen Europa die Reisezeiten kürzer werden, ist es wahrscheinlich, daß auch die Gedenkstätten in Polen und Tschechien, später auch im westlichen Teil der ehemaligen Sowjetunion, in diese differenzierende Topographie eingebunden werden.

Dem Begriff „Holocaust“ ist zudem eine Sichtweise immanent, die die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in eine verkehrte Richtung lenkt. Der Hamburger Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries hat dies so treffend formuliert, daß ich ihn zusammenfassend wiedergebe: Das Hineinversetzen in die Opfer ist schmerzlich und belastend. Und doch scheint es vergleichsweise bequem. Vor allem mogelt es den Betrachter – wenigstens teilweise – auf die Seite der Opfer hinüber, stellt ihn auf die moralisch unschuldige, überlegene Seite und nimmt ihm durch Mitleid einen Teil von Scham und Verantwortung ab. Die Täter werden quasi aus der konkreten Nation oder aus der Menschheit ausgebürgert, ins Teufliche und Metaphysische verschoben und damit „entwirklicht“.

Die realitätsnahe Betrachtung der Täter fördert hingegen zwei bestürzende Erfahrungen zutage: daß bei besonderen Systembedingungen gewöhnliche Menschen in hohem Maße tatbereit sind und daß Massenverbrechen als Ausnahmefall und Notwehr erklärt werden. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist also nur dann glaubwürdig, wenn es sich neben den Empfindungen zugleich mit den Strukturen und der Denklöge der Täter auseinandersetzt<sup>3</sup>.

3 Vgl. Bodo von Borries: „Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist verurteilt, es noch einmal zu erleben.“ Zu Möglichkeiten und Grenzen historischen Lernens, in: Aktuelles zum Nachdenken, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Folge 11, Hannover 1994, S. 7f.



Als der heikelste Themenbereich der Gedenkstättenpädagogik ist der „mahnende“ oder, wie man es heute moderner formuliert, „aktualisierende“ Ansatz der Beschäftigung mit der NS-Geschichte zu sehen. Dabei besteht die Gefahr, daß die Opfer erneut zu Objekten der eigenen Anschauung gemacht werden, da man vermuten kann, daß viele von ihnen, könnte man sie heute fragen, mit zahlreichen Formen der Aktualisierung und der Herstellung von Gegenwartsbezügen nicht einverstanden wären.

Darüber hinaus stellt sich ein methodisches Problem: Der Nationalsozialismus hat die Verbrechen auf staatlicher Ebene geplant und arbeitsteilig umgesetzt. Auf bürokratische Weise wurde den als „Volksschädlinge“ und „Gemeinschaftsfremde“ definierten Menschen in Deutschland und im besetzten Europa das Lebensrecht eingeschränkt, bevor sie ausgesondert und ermordet wurden. Natürlich haben sich dabei Menschen als Individuen schuldig gemacht, indem sie diesem System dienten. Diese Verquickung der Zusammenhänge mit den Vorgaben des Systems und dem Verhalten der Einzelnen sollte auch in der Gedenkstättenarbeit noch stärker untersucht und vermittelt werden.

Mit Gedenkstättenbesuchern wird man jedoch hauptsächlich die individuelle Ebene, die Frage nach fehlender Zivilcourage usw., behandeln können. Die staatlichen und bürokratischen Strukturen, die diese Verbrechen erst möglich gemacht haben, sind kaum zu verdeutlichen, da viele der Besucher, gerade Schüler, hierzu keinen Zugang haben. Der pädagogische Ansatz der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, berufsgruppenspezifische Auseinandersetzung anzubieten, weist hier in die unter bildungspolitischen Gesichtspunkten richtige Richtung.

Aktuelle Prozesse zu nutzen, um die NS-Geschichte interessanter zu vermitteln (z. B. Ausländer heute = Juden in der NS-Zeit) oder umgekehrt, heutigen Entwicklungen zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen, indem man sie mit NS-Verbrechen vergleicht, wird von den meisten Gedenkstättenmitarbeiter/-innen als hilflos und falsch angesehen. Vergleiche mit der NS-Zeit bergen immer die Gefahr falscher Relationen, ferner daß aufgerechnet und abgelenkt wird – zumal bei einem eineinhalbstündigen Besuch einer Einrichtung, der nicht einmal genügend Zeit bietet, die Geschichte des NS-Terrors selbst umfassend darzustellen.

Gedenkstättenmitarbeiter/-innen denken derzeit intensiv darüber nach, wie die universellen Fragestellungen, die sich aus der NS-Geschichte ergeben, pädagogisch umgesetzt werden können. Die

zurückhaltendste Position geht davon aus, daß schon viel erreicht ist, wenn die NS-Verbrechen als ein Teil deutscher Geschichte im öffentlichen Bewußtsein bewahrt werden, und sie damit das gesellschaftliche Geschichtsbild mitprägen; ein gutes zeitgeschichtliches Museum wäre diesem Ansatz angemessen.

Eine andere Position befindet sich noch im Anfangsstadium der inhaltlichen Diskussion und des Experimentierens: Wie können universale Fragen anhand der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte gestellt werden, ohne diese historischen Vorgänge zu relativieren? Fragestellungen wie Gewalt, Vorurteilsstrukturen oder Ideologien der Ungleichheit werden hierbei vermutlich im Mittelpunkt stehen.

Nicht nur wegen des zeitlichen Abstands zur NS-Geschichte müssen auf diese Fragen neue Antworten gefunden werden. Junge Besucher haben einen anderen Zugang zur Geschichte als die heutige Lehrergeneration. Darüber hinaus begegnet man in Schulklassen immer häufiger Schülern, die im Ausland geboren sind oder als Ausländer in Deutschland leben und deren persönlicher Erfahrungshintergrund nicht mit den alten deutschen Traditionslinien verknüpft ist. Dennoch sollten vorschnelle Aktualisierungen nicht in die Gedenkstättenarbeit und in die Ausstellungen übernommen werden. Eher könnte auf aktuelle Ereignisse durch kleine, einfache Wechselausstellungen oder Pin-Wände, wo auch Besucher ihre Arbeitsergebnisse oder Meinungen anbringen und damit aktiv an der Gestaltung der Gedenkstätten mitwirken können, eingegangen werden. Am sinnvollsten erscheint es jedoch, im Gespräch die jeweiligen Bedürfnisse der Besucher nach Aktualisierung und Einbindung des historischen Lernens in ihre eigene Lebenswelt aufzugreifen. Daher sollte der Besuch in einer Gedenkstätte – in der Regel durch Initiative der Lehrer und anderer Multiplikatoren – nicht nur gut vorbereitet, sondern auch anschließend besprochen werden – wenn möglich gemeinsam mit den Gedenkstättenmitarbeitern.

---

## VI.

---

In einem aktuellen gesellschaftlichen Kontext, der politisch motiviert auf eine Marginalisierung bzw. Relativierung der deutschen Verbrechen in der NS-Zeit zielt, erhalten die Gedenkstätten als Orte der Gegeninformation zunehmende Wichtigkeit. Die Aneignung und Vermittlung von Geschichte findet immer vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Kultur des jeweiligen Landes statt. Im Deutschland der neunziger Jahre die Erinne-

rung an die NS-Verbrechen an den konkreten Orten wachzuhalten hilft, Argumente gegen den Revisionismus und die Relativierung – auch gesellschaftlich – zu festigen. Zu fragen, warum diese Geschichte verdrängt wird, sie politisch zu bewerten und die Traditionslinien, insbesondere den Rassismus und die wirtschaftlichen Interessen, die hinter der Machtergreifung standen, aufzuzeigen, ist ein wichtiger Beitrag für die politische Kultur.

Menschen und Gruppen mit rechtsextremen Einstellungen sind die konkreten Orte der Erinnerung ein Dorn im Auge. Immer wieder kann man in rechtsextremen Publikationen lesen, daß der Weg zu einem „neuen Deutschland“ für die Rechten über die Beseitigung der KZ-Gedenkstätten führt. Immer wieder kommt es zu Sachbeschädigungen an Gedenkstätten, wie es sie in den letzten Jahrzehnten, anfänglich hauptsächlich auf jüdischen Friedhöfen, gegeben hat. Zugleich muß man aber auch feststellen, daß die Politik gerade bei der Beschädigung oder Schändung von Gedenkstätten rasch reagiert – insbesondere aus Angst vor dem Imageverlust Deutschlands im Ausland. Unmittelbar nach dem Brandanschlag auf die Baracke 38 in Sachsenhausen hat Außenminister Kinkel den Ort besucht. Nach der Schändung der Gedenkstätte Buchenwald am 24. Juli 1994 wurde der israelische Botschafter vom thüringischen Ministerpräsidenten Vogel zu einem Gespräch eingeladen. In einer Pressekonferenz hat der Ministerpräsident die Verschärfung der Gesetze gegen rechtsextreme Gewalttäter gefordert.

Die Politiker reagieren jedoch viel zu selten und zu zaghaft bei gewalttätigen Übergriffen von Rechtsextremisten gegen Menschen, z.B. wenn Behinderte aus einer Straßenbahn geworfen werden, oder bei Brandanschlägen auf Häuser von Ausländern und Asylbewerberheime. Die öffentliche Stimme des Protestes zu erheben oder die solidarische Anteilnahme bei Besuchen vor Ort auszudrücken, wäre ein wichtiges Signal seitens der öffentlichen Würdenträger gegen die gewalttätigen Ausschreitungen von Rechtsextremen, da die ideologischen Hintergründe und die Organisationsstrukturen denen bei Anschlägen gegen Gedenkstätten gleichen.

Gedenkstätten erinnern an die größten Verbrechen, die von Deutschland und den Deutschen jemals begangen wurden. Die Erinnerung an diese Untaten kann eine erneute Entwicklung in eine ähnliche Richtung verhindern. Daher sind Ge-

denkstätten als Zeichen der Gesellschaft gegen eine etwaige zunehmende politische Entwicklung hin zum Rechtsextremismus sehr wichtig.

In der pädagogischen Arbeit werden Gedenkstättenmitarbeiter/-innen jedoch selten mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert. Wenn sich junge Rechtsextreme, etwa durch den Besuch einer Schulklasse, gezwungenermaßen in einer Gedenkstätte aufhalten, benehmen sie sich in der Regel unauffällig, so daß der Pädagoge bei der kurzen Begegnung keine Möglichkeit hat, auf diese Person(en) speziell einzugehen. Da zudem eine rechtsextreme Einstellung durch Wissensvermittlung allein nicht geändert werden kann, sind die Erfolgsaussichten, durch einen Aufenthalt in einer Gedenkstätte allein Meinungsänderungen zu erreichen, gering.

Die Wirkungsmöglichkeiten der Gedenkstätte realistisch einzuschätzen bedeutet auch, dafür einzutreten, daß die gesellschaftlichen Probleme heute von der gesamten Gesellschaft angenommen und gelöst werden, anstatt sie auf die kleinen Einrichtungen der Gedenkstätten abzuwälzen. Um es pointiert auszudrücken: Die Gesellschaft hat eher Verantwortung für die angemessene Ausstattung der Arbeit und den Schutz vor verbalen oder handgreiflichen Anfeindungen der Gedenkstätten zu tragen, als daß sie die Gedenkstätten zu Bollwerken gegen einen wiederaufstrebenden Nazismus hochstilisieren kann.

Theodor W. Adorno hat als Antwort auf die NS-Verbrechen die autonome, selbstreflektierte Persönlichkeit gefordert. Anstöße in dieser Hinsicht zu geben und dabei auch bei der Erarbeitung eines Geschichtsbildes mitzuwirken, das Empathie und Solidarität mit Kranken und Schwachen, Andersdenkenden und Andersseienden evoziert, ist ein wichtiger Beitrag der Gedenkstätten zur Erfüllung dieser Forderung.

Neben der Thematisierung des spezifisch deutschen Anteils an dieser Geschichte wird in Zukunft der universelle Aspekt der NS-Verbrechen ins Augenmerk rücken. Darauf hat Primo Levi, der als italienischer Jude und Widerständler das KZ Auschwitz-Monowitz überlebt hat, hingewiesen: „Es ist geschehen, und folglich kann es weiterhin geschehen: darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben. Es kann geschehen, überall.“<sup>4</sup>

4 Primo Levi, Die Untergegangenen und die Geretteten, München – Wien 1990, S. 205.

# Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“?

## Kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 für die „Aufarbeitung“ nach 1989 Lehren ziehen?

Die erste Frage, die im Titel formuliert wird, ist so zeitgemäß wie vor gut 35 Jahren, als Theodor W. Adorno sich bemühte, eine Antwort auf sie zu geben<sup>1</sup>. Diese Aktualität erklärt sich aus dem Zusammenbruch der SED-Diktatur und dem Streit darüber, wie mit ihrem Erbe umzugehen ist. Dabei ist der Rekurs auf „die Erfahrungen“ aus der Bewältigung der NS-Vergangenheit seit 1989 integraler Bestandteil aller Kontroversen. Aber welche Erfahrungen sind damit gemeint? Und wie sinnvoll ist dieser Rückgriff überhaupt?

Um die gegenwärtig noch immer „verworrene Diskussion“<sup>2</sup> überschaubarer zu machen, sollen zunächst schlaglichtartig einige wesentliche Ergebnisse der nun fünfzigjährigen wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzung zum Thema „Vergangenheitsbewältigung“ ins Gedächtnis gerufen werden. Gleichsam als Resümee dieser Betrachtungen wird anschließend der Versuch einer Definition des Begriffs „Aufarbeitung der Vergangenheit“ unternommen. Im dritten Teil wird die Frage erörtert, ob – und wenn ja was – aus der „Bewältigung“ der nationalsozialistischen für die „Aufarbeitung“ der realsozialistischen Vergangenheit gelernt werden kann.

---

### I. Die Diskussion über die Bewältigung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik

---

Aus grundsätzlichen Erwägungen wähle ich die westdeutsche „Vergangenheitsbewältigung“ als Ausgangspunkt meiner Betrachtungen und schließe die Auseinandersetzung in der SBZ/DDR aus diesem Rückblick aus. Dort spielten die Begriffe „Vergangenheitsbewältigung“ und „Aufarbeitung“ nicht zufällig im öffentlichen Sprachgebrauch keine Rolle, denn der „Faschismus“ galt bereits

seit Februar 1948 – mit Abschluß der strukturellen und personellen Entnazifizierung in der SBZ – als mit der „Wurzel ausgerottet“<sup>3</sup>. Wichtigstes Ziel der kommunistischen „Aufarbeitung“ der NS-Vergangenheit war zwar – wie in den Westzonen – die Verhinderung des Wiederaufstieges der Nationalsozialisten, doch diente die politische Auseinandersetzung gleichzeitig dazu, die SED-Herrschaft als stalinistische Gegendiktatur im antifaschistischen Gewande etablieren und legitimieren zu können, während die westlichen Alliierten mit ihrer Entnazifizierungs- und „Reeducation“-Politik den Grundstein für eine Demokratisierung Deutschlands nach westlichem Muster legen wollten.

Der Schock über die Verbrechen in den Vernichtungs-, Konzentrations-, Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern markierte 1945 den Beginn der Auseinandersetzung. Er war geprägt von den Kollektivschuldvorwürfen der Alliierten und deren Abwehr durch die Deutschen. So stand nicht zufällig die Klärung der Schuldfrage zuoberst auf der Tagesordnung, und Karl Jaspers war einer der ersten, der sich dieser Aufgabe stellte<sup>4</sup>. Er unterschied kriminelle, politische, moralische und metaphysische Schuld und benannte die spezifischen Folgen, die sich aus der Anerkennung dieser Arten von Schuld ergäben: Bestrafung der Täter, Wiedergutmachung und Einsicht. Wesentliche Bestandteile von „Vergangenheitsbewältigung“ waren damit bereits 1946 genannt.

Jaspers insistierte eindringlich auf der individuellen, niemanden ausnehmenden Klärung der Schuldfrage, weil die Deutschen sich nur so aus dem Zustand der „politischen Diktatur“ befreien und „politische Freiheit“ erringen könnten: „Denn erst aus dem Schuldbewußtsein entsteht das Bewußtsein der Solidarität und Mitverantwortung, ohne die Freiheit nicht möglich ist. Politische Freiheit beginnt damit, daß in der Mehrheit des Volkes der einzelne sich für die Politik seines Gemein-

---

1 Vgl. Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt/M. 1963, S. 125–146.

2 Jürgen Habermas, Bemerkungen zu einer verworrenen Diskussion. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“ heute?, in: Die Zeit vom 3. April 1992.

3 So auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950. Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin (Ost) 1952, S. 97.

4 Vgl. Karl Jaspers, Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung, München 1979, zuerst 1946.

wesens mit haftbar fühlt – daß er nicht nur begehrt und schilt...“<sup>5</sup> Durch Schuldabwehr verblieben die Deutschen weiterhin im Zustand der „politischen Diktatur“, in der „ein Zustand der Fremdheit der meisten zum Politischen“ herrsche.

Der Wert von Jaspers Überlegungen, die in seiner existenzphilosophischen Annahme gründeten, daß alle Menschen aus einem Ursprung lebten und somit zusammengehörten, liegt – die Fragestellung dieser Arbeit betreffend – vor allem in der Betonung der notwendigen, alle Gesellschaftsmitglieder umfassenden, differenzierten Klärung der Schuldfrage für den Wandel von einer unpolitischen zu einer durch freiheitliche Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen geprägten politischen Kultur.

Ein Jahr nach dem Erscheinen von Jaspers Thesen klagte der Publizist Eugen Kogon, daß den Deutschen unter dem Druck der massiven Schuldanklagen eben dieses Bewußtsein ihrer eigenen Verantwortung abhanden gekommen sei. In seinem Aufsatz „Das Recht auf den politischen Irrtum“ stellte er sich den Problemen des Umgangs mit der schuldbelasteten NS-Vergangenheit nicht wie Jaspers auf der individuell-moralischen, sondern stärker auf der praktisch-politischen Ebene<sup>6</sup>. Eine Kollektivschuld lehnte er vehement ab und forderte statt dessen eine differenzierte Entnazifizierung, die den unterschiedlichen individuellen Rollen im Dritten Reich gerecht werde. Die Täter müßten bestraft und Wiedergutmachung geleistet werden. Nationalsozialisten sollten erst nach gründlicher Bewährung wieder Führungsfunktionen in der Gesellschaft übernehmen dürfen, doch reiche ihre Entfernung von wichtigen gesellschaftlichen Positionen nicht aus. In der zweiten Etappe der „Aufarbeitung“ ginge es deshalb um ihre Gewinnung für die Demokratie durch Aufklärung mittels „Leben und Gesinnung ändernden Tatsachen“. Man müsse ihnen „beweisen, daß Demokratie besser ist“<sup>7</sup>.

Mit seiner unklaren Unterscheidung zwischen politischem Irrtum und schuldhaftem Handeln beförderte Kogon jedoch ungewollt die Abwehrhaltung der Deutschen, die „von nichts gewußt hatten“. So mußte er bereits wenig später erleben, wie nun diejenigen ausgegrenzt wurden, die Widerstand geleistet hatten, während ihre ehemaligen Denunzianten und Peiniger ihre früheren Positionen wieder einnahmen<sup>8</sup>. In beiden Aufsätzen Kogons spiegelt

sich beispielhaft das Problem der Integration einer großen Tätergruppe in die demokratische Gesellschaft, und an der Art und Weise, wie mit diesem Problem umgegangen wurde, entzündeten sich in der Folgezeit die heftigsten Kontroversen.

Vor dem Hintergrund des grassierenden „Gnadenfiebers“ und der verbreiteten „Schlußstrich“-Mentalität der fünfziger Jahre<sup>9</sup> beklagte Theodor W. Adorno 1959 eine verbreitete Tendenz der Schuldabwehr. Er behauptete: „Daß der Faschismus nachlebt, daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten.“<sup>10</sup> „Aufarbeitung“ bedeute deshalb in erster Linie die „Beseitigung“ dieser Voraussetzungen, die bei Adorno mit den Begriffen „ökonomische Ordnung bzw. Organisation“ allerdings weitgehend unklar blieben.

Adorno konnte mit diesem politökonomischen Ansatz zwar nicht erklären, warum der Faschismus gerade in Deutschland – nicht aber in Frankreich oder den USA, in denen ja ähnliche Produktionsverhältnisse herrschten – an die Macht gekommen war, aber es gelang ihm, die Möglichkeiten und Grenzen öffentlicher Aufklärung totalitärer Vergangenheit klar zu benennen. Er blieb pessimistisch ob ihrer Möglichkeiten, wobei seine Zweifel letztendlich aus der Beobachtung erwachsen, wie sich das kollektive Gedächtnis der Deutschen gegen rationale Argumentation sträubte. Diese „Zähigkeit“ erklärte Adorno damit, daß „keine noch so einleuchtende Analyse“ die Hybris der Erfüllung kollektiver deutschen Machtphantasien und die Erfahrung der „Volksgemeinschaft“ aus der Welt schaffen könne.

Auch in den sechziger und siebziger Jahren überwogen weithin die Defizitdiagnosen bei der „Vergangenheitsbewältigung“<sup>11</sup>. Selbst die Diskussion in den achtziger Jahren blieb zu großen Teilen von

9 Manfred Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Berlin-Frankfurt/M. 1993, verneint jedoch den pauschalen Vorwurf der „Verdrängung“, weil es – vorrangig im Gefolge erheblicher personalpolitischer Signale – eine intensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben habe. S. 174 f. und S. 385.

10 Th. W. Adorno (Anm. 1), S. 139.

11 So wurde auch bei Alexander und Margarete Mitscherlich die Beobachtung kollektiver Schuldabwehr Ausgangspunkt von Betrachtungen zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Sie stellten die These auf, daß „zwischen dem in der Bundesrepublik herrschenden politischen und sozialen Immobilismus und Provinzialismus einerseits und der hartnäckig aufrechterhaltenen Abwehr von Erinnerungen, insbesondere der Sperrung gegen eine Gefühlsbeteiligung an den jetzt verleugneten Vorgängen der Vergangenheit, ande-

5 Ebd., S. 86.

6 Vgl. Eugen Kogon, Das Recht auf den politischen Irrtum, in: Frankfurter Hefte, (1947) 7.

7 Ebd., S. 655.

8 Vgl. ders., Die Wiederkehr des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Hefte, (1951) 6.

ihnen geprägt<sup>12</sup>. Trotz aller Kritik wurde aber kaum mehr bestritten, daß die Zeit des Nationalsozialismus und die Bewältigung seiner Folgen einen Bewertungswandel im Geschichtsbewußtsein erfahren hatte, der sich auch in der Demoskopie widerspiegelte<sup>13</sup>. Ausgehend von einer Kritik am inflationären und undifferenzierten Gebrauch des Begriffs „Vergangenheitsbewältigung“ und der Einsicht, daß eine konsensfähige Klärung seines Inhalts kaum möglich war, traten Autoren in den Mittelpunkt, die nicht nur fragten, wie „Vergangenheitsbewältigung“ auszusehen habe und warum sie so schwer zu realisieren sei, sondern die auch aufzeigten, auf welchen Gebieten und mit welchem Erfolg die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit geführt worden war.

So vertrat 1981 Peter Steinbach in einer Studie über die Ahndung der NS-Gewaltverbrechen die These, es habe in der Bundesrepublik eine „in der Menschheitsgeschichte wohl einmalige radikale Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gegeben“<sup>14</sup>.

Eckhard Jesse resümierte 1987, die „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland weise „Licht und Schatten auf“<sup>15</sup>, wobei er die Schatten beim Elitenaustausch nach 1945 und bei der frühzeitigen strafrechtlichen Ahndung der Verbrechen konstatierte, die Wiedergutmachung und den Einstellungswandel der Bevölkerung aber als Positiva verbuchte.

Hermann Lübke hatte bereits 1983 die sozialpsychologische Verdrängungstheorie zur „Pseudotheorie“ erklärt, weil sie der Tatsache widerspreche, daß der Nationalsozialismus nicht etwa in Vergessenheit geraten sei, sondern im Gegenteil mit größerem zeitlichen Abstand zu ihm ständig an öffentlicher Präsenz gewonnen habe<sup>16</sup>. Daß dies in den frühen Jahren der Bundesrepublik nicht möglich gewesen war, begründete er mit der Notwendigkeit einer „gewissen Stille“, eines „kommunikativen Beschweigens“ als „sozialpsychologisch und

politisch nötiges Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland“<sup>17</sup>. Politisch notwendig deshalb, weil durch allzu heftige öffentliche Thematisierung individueller und institutioneller NS-Vergangenheiten eine Zustimmung der nationalsozialistisch indoktrinierten Mehrheit des deutschen Volkes zur neuen Republik nicht hätte erreicht werden können. Sozialpsychologisch notwendig deshalb, weil man nur bei wiedergewonnenem Selbstbewußtsein in der Lage gewesen sei, eine diskreditierende Vergangenheit zu „bewältigen“, wobei natürlich immer die Möglichkeit bestanden habe, von dieser Vergangenheit wieder eingeholt zu werden.

Lübkes Einwände gegen die „Verdrängungstheorie“ greifen jedoch zu kurz. Unstrittig bleibt zunächst, daß eine breit angelegte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit auf wissenschaftlicher Ebene stattgefunden hat; doch bedeutet dies nicht, daß historisches Wissen gleichzeitig im politischen Bewußtsein breitenwirksam verankert worden wäre. So fragten sich im selben Jahr 1983, in dem Lübkes Aufsatz erschien, drei renommierte Historiker: „Warum prallte Wissenschaft mit ihrer retrospektiven Klugheit so häufig an der persönlichen Erfahrungswelt der vielen Zeitgenossen ab, die noch immer für ihre einstige Bejahung Hitlers ‚gute Gründe‘ reklamieren?“ In ihrer Antwort verwiesen sie neben Unzulänglichkeiten ihrer eigenen Zunft auf einen psychologischen Aspekt: „Man will sich nicht bekennen als Opfer von Betrug und Selbstbetrug.“<sup>18</sup> Verdrängt wurden also nicht die begangenen Verbrechen – die man nicht leugnen konnte –, sondern die eigene Mitverantwortung dafür.

Schließlich aber interessierte sich Lübke auch nicht für die Binnenbefindlichkeiten der Individuen, ihr politisches Bewußtsein. Entscheidend waren für ihn die „maßgebenden moralischen und politischen Grundsätze . . ., denen man öffentlich nicht widersprechen kann, ohne sich moralisch und politisch zu isolieren“<sup>19</sup>. „Vergangenheitsbewältigung“ beschränkte sich deshalb für ihn darauf, die richtigen „verfassungspolitisch-institutionellen Konsequenzen“ zu ziehen. Daß dem in der Tat eine große Bedeutung zukommt, soll hier nicht bestritten werden. Empirische Befunde in der Erforschung des Geschichtsbewußtseins sprechen aber dagegen, dies allein auf längere Sicht für ausreichend zu halten. In dem bis heute wohl umfangreichsten Projekt zur Erforschung des westdeut-

erseits ein determinierender Zusammenhang besteht.“ In: Die Unfähigkeit zu trauern, Leipzig 1990, S. 10, zuerst München 1967.

12 Neben vielen anderen vgl. Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein, Hamburg 1987; Gabriele von Arnim, Das große Schweigen. Von der Schwierigkeit, mit den Schatten der Vergangenheit zu leben, München 1989.

13 Vgl. Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 8, 1978–1983, München 1984, S. 194f.

14 Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981, S. 8.

15 Eckhard Jesse, „Vergangenheitsbewältigung“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Staat, (1987) 3, S. 557.

16 Hermann Lübke, Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart, in: Marin Broszat (Hrsg.), Deutschlands Weg in die Diktatur, Berlin 1983.

17 Ebd., S. 334.

18 Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn–Düsseldorf 1986, S. 13ff.

19 H. Lübke (Anm. 16), S. 333.

schen Geschichtsbewußtseins am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz kam man mit qualitativen und quantitativen Methoden 1991 zu Ergebnissen, die eher auf „Verdrängung“ denn „Bewältigung“ schließen lassen: Ein gutes Drittel der Untersuchungspersonen tendierte zu einer Verklärung des Nationalsozialismus, die sich in erheblicher Zustimmung zu Aussagen wie: „Ich glaube, nicht alles am NS war schlecht“, oder: „Unter Hitler waren die Menschen zufriedener als heute, weil sie damals ein klares Ziel vor Augen hatten“, äußerte<sup>20</sup>.

Wer heute diese nachwirkenden Elemente des Geschichtsbewußtseins bei Betonung der Erfolge auf den Gebieten der strafrechtlichen oder wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aus seiner Bewertung der „Vergangenheitsbewältigung“ ausblendet, erweckt den Eindruck, er wolle auf sublimierte Art und Weise einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit in der Form ziehen, daß man deren „Bewältigung“ den dafür „zuständigen“ Juristen und Historikern überlasse.

---

## II. Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“?

---

Bei der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ geht es nicht in erster Linie, wie der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ suggerieren mag, um die Auseinandersetzung mit Vergangenen, sondern um den Umgang mit dessen Nachwirkungen in der Gegenwart. Trotz des gemeinsamen Gegenstandes unterscheiden sich die beiden Worte „bewältigen“ und „aufarbeiten“ hinsichtlich ihrer emotionalen Wirksamkeit. Benutzt man „bewältigen“, so fühlt man geradezu die Last des Problems, mit der man fertig werden muß. „Bewältigung“ wirkt sprachlich persönlicher und belastender als das nüchterne und distanzierte „Aufarbeiten“. Aus dieser Perspektive heraus erscheint es keineswegs mehr zufällig, daß die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit das Prädikat „bewältigen“ verlangte, während man die DDR-Geschichte mehrheitlich „nur“ „aufarbeiten“ will<sup>21</sup>.

20 Vgl. Felix Philipp Lutz, Verantwortungsbewußtsein und Wohlstandschauvinismus: Die Bedeutung historisch-politischer Einstellungen der Deutschen nach der Einheit, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte, Köln 1993, S. 157–173.

21 So nannte sich die entsprechende Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

## 1. Einflußfaktoren auf die Begriffsbestimmung

„Aufarbeitung von Vergangenheit“ ist ein Begriff, der inhaltlich auf sehr unterschiedliche Weise ausgefüllt werden kann. Das unterschiedliche Verständnis, was es „aufzuarbeiten“ gibt, erwächst *erstens* aus der unterschiedlichen *Erklärung der Vergangenheit*. Ist man der Ansicht, vor allem strukturelle Probleme im politischen System der Weimarer Republik – Art. 48 Weimarer Reichsverfassung, plebiszitäre Elemente etc. – seien für die Machtergreifung der Nationalsozialisten verantwortlich gewesen, so wird man sein Hauptaugenmerk auf die Veränderung verfassungsrechtlicher Grundlagen legen. Glaubt man dagegen, Hitler sei als Agent des Finanzkapitals an die Macht gekommen, so wird man auf eine tiefgreifende Veränderung der ökonomischen Verhältnisse drängen. Offensichtlich ist, daß die Intensität und Richtung der „Aufarbeitung“ variieren, je nachdem, ob man den Nationalsozialismus als „feindliche Nachahmung“ des Bolschewismus und seinen Aufstieg aus der berechtigten Angst vor ihm (Ernst Nolte) oder aus spezifisch deutschen Traditionen, Erfahrungen, ideologischen Grundlagen, einer politischen Kultur des deutschen Sonderweges erklärt.

Ein unterschiedliches Verständnis von „Aufarbeitung“ erwächst *zweitens* aus unterschiedlicher *Bewertung von Vergangenheit*. Wer etwa meint, der Nationalsozialismus sei eine „gute Idee gewesen, die nur schlecht verwirklicht worden ist“, oder betont, neben der Judenverfolgung und dem Krieg hätte das Hitler-Regime auch seine „guten Seiten“ gehabt, der wird andere Maßstäbe an die „Aufarbeitung“ anlegen als der, der die NS-Gewaltherrschaft einschließlich ihrer ideologischen Grundlagen als durch und durch unmenschlich und verbrecherisch qualifiziert.

*Drittens* sind die Vorstellungen davon, wer überhaupt als Akteur der Aufarbeitung in Frage kommt, geprägt von der Frage nach der *Verantwortung für das Vergangene*. War der „Dämon“ Hitler der Alleinschuldige am Holocaust, oder hatte sich eine große Mehrheit des deutschen Volkes aufgrund seiner Verstrickung in das NS-System der Schuldfrage zu stellen? War Hitler auch nicht durch Wahlen an die Macht gekommen, so hatten ihn die deutschen Wähler immerhin zum Führer der stärksten Partei gemacht und ihm in ihrer Mehrzahl bis zum bitteren Ende die Treue gehalten.

Alle Aspekte der „Aufarbeitung“ werden *viertens* von einem komplexen Bündel *aktueller politischer Zielvorstellungen, Gegenwartserfahrungen und Zukunftsperspektiven* beeinflusst. So war bereits die Internierungs- und Entnazifizierungspraxis der

Alliierten in den Westzonen von miteinander konkurrierenden Interessen geprägt: Sicherheit der Besatzung, Umerziehung, Elitenaustausch, Aufbau und Funktionieren von Verwaltung und Wirtschaft, „Containment“ des Kommunismus. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der sowjetischen Expansionsdrohung vollzog sich die Integration der belasteten Nationalsozialisten, der Aufbau der Bundeswehr durch ehemalige Wehrmachtsgenerale und die Freilassung von Kriegsverbrechern. Während aber schließlich die 68er-Generation öffentlich eine Erklärung des Verhaltens ihrer Eltern einklagen konnte, ließen die Machthaber in der SBZ/DDR aus herrschaftstaktischen Gründen eine öffentlichkeitswirksame Konfrontation der Bevölkerung über ihr Verhalten in der vorangegangenen Diktatur, ihr Schweigen und Wegschauen sowie die Resultate ihres Privatismus, nicht zu.

*Fünftens prägen anthropologische Grundannahmen den Begriffsinhalt: Ist der Mensch überhaupt in der Lage, verantwortungsethisch zu handeln, d. h. die langfristigen Folgen seines Verhaltens zu bedenken und aus der Geschichte zu lernen? Wer die Fähigkeit der Menschen zur „Selbstdurchhellung“ (Jaspers) gering einschätzt, der wird strukturellen Veränderungen im politischen System eine größere Bedeutung beimessen als der Stimulierung individueller Gewissenshinterfragung.*

## 2. Inhaltliche Aspekte der Aufarbeitung

Der Begriff „Aufarbeitung der Vergangenheit“ bezeichnet einen gesellschaftlichen Prozeß, der all diejenigen Maßnahmen in einem Gemeinwesen im Gefolge des Übergangs zu einer neuen Regierungsform umfaßt, die darauf gerichtet sind, die Neuorientierung der Gesellschaft politisch-kulturell und politisch-institutionell abzusichern, die Stabilisierung der neuen Ordnung zu gewährleisten und eine Restauration der alten Verhältnisse zu verhindern.

Verständlicherweise sträubt man sich zunächst, denselben Begriff zu verwenden für so verschiedene politische Zäsuren wie etwa die Restauration in Frankreich nach 1815, den Bürgerkrieg in Rußland nach 1917 oder die „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 in Ost und West. Rechtfertigt auch eine ähnliche Zielstellung – die Stabilisierung der jeweiligen neuen Ordnung – die Subsumtion unter einen Begriff, so standen doch verschiedene Ergebnisse am Ende der Auseinandersetzungsprozesse: autoritäre, totalitäre oder demokratische Regime. Unterscheiden kann man aber in der Form zwischen „terroristischer“ und „demokratischer Aufarbeitung“. Bei ersterer werden die Anhänger der alten Ordnung physisch vernichtet. Die

neue Ordnung legitimiert sich durch den radikalen Bruch mit der Vergangenheit und stabilisiert sich durch Terror. Einige wenige bestimmen über Ziele und Methoden der „Aufarbeitung“. Bei der „demokratischen“ Variante dagegen werden die Feinde von gestern nicht mehr getötet, sondern integriert. Die Auseinandersetzung ist pluralistisch, d. h., es gibt kein Monopol der Vergangenheitsdeutung für eine bestimmte Gruppe von Menschen, etwa eine Partei. Historisch gesehen lief „Aufarbeitung“ in der Regel dann „terroristisch“ ab, wenn etwas völlig Neues an die Stelle des Alten treten sollte – wie nach 1789, 1917 und 1933. Ging es schwerpunktmäßig um die Wiederherstellung einer älteren Ordnung, das „Kitten“ eines Kontinuitätsbruches – wie nach 1815 in Frankreich oder 1945 in Westdeutschland –, so verlief sie in „demokratischeren“ Bahnen.

Im folgenden beschränke ich mich auf die „demokratische Aufarbeitung“. Hierbei kann man fünf verschiedene „aufzuarbeitende“ Hypothesen unterscheiden:

### a) „Aufarbeitung“ von staatlichem Unrecht

Staatliches Unrecht, insbesondere Verbrechen an Leib und Leben, verschwindet nicht mit dem Untergang der Ordnung, in der es begangen wurde. Die Legitimität des neuen Systems bemißt sich daher entscheidend an seinem Umgang mit diesem überkommenen Unrecht. Die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer können zu mehr Stabilität durch Herstellung politischer Gerechtigkeit führen, denn sie reduzieren die Wahrscheinlichkeit der Restauration, stärken das Rechtsbewußtsein und fördern die Akzeptanz der neuen Normen. Öffentlichkeitswirksame Verfahren tragen zur Delegitimierung der überwundenen Ordnung bei und dienen der Verbreitung historischen Wissens über die Vergangenheit. Es besteht jedoch die große Gefahr, daß eine „Dienstbarmachung gerichtsförmiger Verfahren für politische Zwecke“ (Otto Kirchheimer), eine Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, z. B. des Gleichheitsprinzips, die „Aufarbeitung“ diskreditiert.

### b) „Aufarbeitung“ von Legenden und überkommenen Wertvorstellungen

Notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für eine Verhinderung der Restauration der alten Verhältnisse ist die Erkenntnis ihrer Strukturen, ihrer Funktionsweise und Voraussetzungen, ihrer Wirkungen und der sie befördernden Bedingungen sowie die Verbreitung dieser Erkenntnisse. Ihr Gewinnen fällt vor allem der Wissenschaft als Aufgabe zu, ihre Verbreitung den Medien. Nicht-„Aufarbeitung“ begünstigt dagegen die Legenden-

bildung: Die Mythen der Vergangenheit wirken dann als aktuelle politische Kraft fort, wie man an der „Dolchstoß“-Legende in der Weimarer Republik erfahren mußte<sup>22</sup>. Wenn man von der Prämisse ausgeht, daß die Stabilität von demokratischen Regimen langfristig nur dann gewährleistet ist, sofern zwischen deren Strukturen und den Meinungen, Einstellungen und Werten der Menschen, der politischen Kultur insgesamt, eine ungefähre Übereinstimmung besteht, dann gefährden autoritaristische, rassistische, nationalistische und militaristische Einstellungen und damit verbundene Verhaltensweisen die Demokratie. Zu Recht bezeichnete Jürgen Habermas deshalb 1992 die kollektive, öffentlich ausgetragene ethisch-politische Selbstverständigung als die zentrale Dimension des Aufarbeitungsprozesses<sup>23</sup>.

#### c) „Aufarbeitung“ des früheren politischen Systems und seiner Institutionen

Bleiben die politische Verfassung der alten Ordnung oder sie tragende Institutionen in wesentlichen Teilen unangetastet, so besteht die Gefahr der Restauration. So verdeutlichten der Kapp-Putsch 1920 und der spanische Putschversuch 1981 die Gefährdung der Demokratie durch antidemokratisch eingestellte Streitkräfte. Bei der Formulierung des Grundgesetzes wurden die weitestgehend möglichen verfassungsrechtlichen Lehren aus der legalen Aushebelung der Weimarer Demokratie durch die Nationalsozialisten gezogen: Festschreibung unabänderlicher, d.h. durch keine Mehrheit aufhebbarer Verfassungsprinzipien sowie die Anerkennung der verfassungspolitischen Funktion der Parteien. Daneben trat ein Arsenal rechtlich-administrativer Handhaben, die Mittel der „wehrhaften Demokratie“ umfassend<sup>24</sup>.

#### d) Elitenaustausch

Auch das politische Überleben alter Führungsschichten ist eine potentielle Gefahr für die neue Ordnung. Die Weimarer Republik ist hier wohl das eindrucksvollste Beispiel, auch wenn man sicher in Rechnung stellen muß, daß der vollständige Austausch des Staatsapparates nach der Novemberrevolution zum politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos geführt hätte. Entschei-

22 Vgl. Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf–Bonn 1987, S. 371–386.

23 Vgl. J. Habermas (Anm. 2).

24 Vgl. Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1991<sup>3</sup>, S. 40f.

dend ist jedoch die Entfernung der alten Kräfte zumindest aus den Führungspositionen in Politik, Verwaltung, Militär und Justiz.

#### e) Individuelle Selbstbefragung und „Bewältigung“ seelischer „Altlasten“

Erst über ein kritisches Erinnern und Durcharbeiten des eigenen Verhaltens unter den konkreten Bedingungen der Diktatur wird man bereit zu Mitverantwortung und Mitarbeit in der neuen Ordnung. Nicht verarbeitete Schuldgefühle dagegen erlangen politische Relevanz für die Stabilität der Demokratie, weil sie zum Verlust des Selbstwertgefühls und der Selbstachtung, zu Angst, Aggression, Sündenbocksuche und Strafbedürfnis, blinder Identifikation und mangelnder Empathiefähigkeit führen können<sup>25</sup>.

Aus diesen inhaltlichen Aspekten der „aufzuarbeitenden Erblasten“ ergeben sich die Kriterien für die Bewertung der Auseinandersetzung. Ist es gelungen, eine Restauration zu verhindern, die neue Ordnung politisch-kulturell und politisch-institutionell zu stabilisieren, dann kann die „Aufarbeitung“ nicht vollständig mißlungen sein. Kontinuitäten im Verhalten, der politischen Praxis, Institutionen, Ideologien, Personen und Normen, kurz: das Überleben wesentlicher Elemente des Alten im Neuen, sprechen andererseits gegen eine reine Erfolgsgeschichte der „Aufarbeitung“.

---

### III. Was kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 für die „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur lernen?

---

In vielfältigen Variationen wird die gegenwärtige „Aufarbeitung“ mit der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 zusammengebracht<sup>26</sup>. Doch ist man trotz aller Vergleiche beim „Lehrenziehen“ merkwürdig unkonkret. Für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Aufarbei-

25 Vgl. Gesine Schwan, Die politische Relevanz nicht-verarbeiteter Schuld, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Berlin 1993, S. 281–297.

26 Vgl. u.a. Christoph Kleßmann, Zweierlei Vergangenheit – Über den Umgang der Deutschen mit ihrer jüngsten Geschichte nach 1945 und nach 1989, in: Deutsche Studien, (1992) 116, S. 390–396; Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989: Ein unmöglicher Vergleich?, hrsg. von Klaus Sühl im Auftrag der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft e.V. Berlin 1994; Christa Hoffmann/Eckhard Jesse, Die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: W. Weidenfeld (Anm. 20), S. 209–234.



tung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ „sind die Erfahrungen, die bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gesammelt wurden, auch insoweit relevant, als sie einen schwierigen, langwierigen Prozeß der Bewußtseinsbildung erwarten lassen, der keineswegs nur auf der Grundlage von Akten und Archivalien entwickelt werden kann. Aufarbeitung so verstanden bedarf eines Klimas persönlicher Identifikation und kritischer Distanzierung.“<sup>27</sup> Ist es aber nicht nach bald fünfjähriger Diskussion zu wenig, festzustellen, daß es lange dauern wird und daß man nicht nur auf die Akten schauen darf? Muß man nicht vielmehr auch fragen, warum die Auseinandersetzung mit der DDR ständig an der „Vergangenheitsbewältigung“ der NS-Diktatur gemessen wird? Ähnelt die heutige Ausgangslage nicht eher der Situation in Frankreich 1944/45, als die Kollaboration mit einer ausländischen Besatzungsmacht zu „bewältigen“ war?

Auf der Hand liegt, daß bei der „Bewältigung“ von Systembrüchen zuerst nationale Erfahrungen herangezogen werden. Zudem gewann die SED-Diktatur ihre wirkungsvollste Legitimation aus der Abgrenzung vom Dritten Reich und von der Art und Weise, wie man im „Paradies der Nazi- und Kriegsverbrecher“<sup>28</sup>, der Bundesrepublik der fünfziger Jahre, damit umging. So wird nicht zufällig vor dem Hintergrund des gegenwärtigen radikalen Personalaustausches immer wieder auf die starke personalpolitische Kontinuität in der Ära Adenauer hingewiesen. Schließlich wird mit der Benutzung ähnlichen Vokabulars versucht, die DDR als ebenso verbrecherisch wie das NS-Regime zu qualifizieren. So meinten Christa Hoffmann und Eckhard Jesse: „Der eigentliche Tatort für das ‚Großverbrechen‘ DDR war das Politbüro. Was stünde also einem zweiten Nürnberger Gerichtshof entgegen?“<sup>29</sup> Ihr Fazit des Vergleichs der beiden Diktaturen: Es läge eine Fülle von Parallelen vor, „weniger bei den Ausgangsbedingungen von 1945 und 1989, mehr bei der Art der Verbrechen“<sup>30</sup>.

Ihren entscheidenden Grund hat die „doppelte Vergangenheitsbewältigung“ letztlich im kollektiven Selbstverständnis der Bundesrepublik vor und nach 1989. Sie bezog ihre Legitimation immer aus der „doppelten Absetzung vom nationalsozialistischen Erbe einerseits, vom kleinen, häßlichen Bru-

der östlich der Elbe andererseits“<sup>31</sup>, wofür der Begriff vom „antitotalitären Konsens“ geprägt wurde.

Wenn man den Topos vom „Lehrenziehen aus der Geschichte“ mit Peter Steinbach in dem Sinne auffaßt, daß die Vergangenheit als ein Bereich von Konstellationen, Herausforderungen und Problemlösungen erscheint, „die prinzipiell jenen Situationen ähneln mögen, vor denen wir selbst in unserer Gegenwart stehen und die zu durchdenken Vorteile für die Gegenwartsbewältigung verspricht“<sup>32</sup>, dann muß nun die Frage beantwortet werden, inwiefern sich die Ausgangslagen 1945 und 1989 ähneln, worin sie sich aber auch unterscheiden.

### 1. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Ausgangsbedingungen für „Vergangenheitsbewältigung“

1945 brach ein deutsches System zusammen, welches infolge nationaler Entwicklungen entstanden war, auch wenn die internationale Konstellation („Versailler Diktat“) natürlich zu berücksichtigen ist. Die DDR war dagegen aus sowjetischer Besatzungshoheit gegründet worden, und die Macht der SED beruhte immer, wenn auch in unterschiedlichem Maße, auf der Supervision des „großen Bruders“. Diese unterschiedliche Gewichtung der „endogenen“ (nationalen) und „exogenen“ (äußeren) Faktoren<sup>33</sup> für die Erklärung beider Systeme verführt heute zur Unterbelichtung der spezifisch deutschen Anteile am „Sozialismus in den Farben der DDR“ nach dem Motto: „Die Russen waren schuld.“<sup>34</sup> So verneinten im Prozeß gegen die Verantwortlichen für die Schüsse an der Mauer die Angeklagten ihre juristische Verantwortung und verwiesen auf Beschlüsse des Warschauer Vertrages.

Richtig ist auch, die unterschiedliche Zustimmung, die beide Systeme in der Bevölkerung genossen haben, und ihr unterschiedliches Ende in Rechnung zu stellen. Doch sollte man nicht vergessen, daß zu jeder 1.-Mai-Demonstration zu Zeiten Honeckers mehr Menschen auf den Straßen waren als im Herbst 1989 und daß das SED-Regime auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989 eigentlich nicht hätte fälschen müssen, um sie als

27 Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Abs. E: „Erfahrungen, Erkenntnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission“, Deutscher Bundestag, Drs. 12/7820.

28 Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin (Ost) 1965, S. 7.

29 Chr. Hoffmann/E. Jesse (Anm. 26), S. 232.

30 Ebd., S. 233.

31 Jürgen Kocka, Manuskript des Beitrages auf der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 4. Mai 1994, S. 2.

32 Peter Steinbach, Vergangenheitsbewältigung in vergleichender Perspektive. Politische Säuberung, Wiedergutmachung, Integration, Vortrag vor der Historischen Kommission zu Berlin am 12. Februar 1993.

33 Vgl. Henry Rousso, Säuberungen von gestern und heute, in: Transit, (1991) 2, S. 188.

34 F. Ph. Lutz (Anm. 20), S. 161.

„Bekanntnis der Einheit von Partei und Volk“ werten zu können. Trotzdem erhebt heute niemand die Forderung, die Ostdeutschen müßten „umerzogen“ werden, was seinen Grund nicht zuletzt in den unterschiedlichen ideologischen Zielsetzungen der beiden Systeme hat. Waren die Ziele des Nationalsozialismus nationalistisch, rassistisch und imperialistisch und die Praxis daran ausgerichtet, so zielte die SED-Herrschaft zumindest dem Bekunden nach auf eine Zukunft von internationaler Solidarität und Gleichheit. Rassistische, antisemitische oder extrem nationalistische Einstellungen sind deshalb in den neuen Bundesländern im Gegensatz zum Deutschland von 1945 kaum verbreitet<sup>35</sup>. „Positivere“ Systemziele ändern aber andererseits nichts daran, daß auch nach 1989 eine unmenschliche Praxis der Herrschaft „bewältigt“ werden muß. Außerdem müssen sich die Motive der Zustimmung vieler Menschen zu den Diktaturen nicht notwendig so fundamental unterscheiden, wie es auf den ersten Blick aussieht.

Im Unterschied zu 1945 wird die „Aufarbeitung“ heute nur in einem Teil Deutschlands betrieben; die Reaktionen der Betroffenen aber ähneln denen der Deutschen in der Nachkriegszeit: Der Vorwurf der Siegermentalität trifft nicht die ausländischen Besatzungsmächte, sondern die „Wessis“. So äußert sich die geteilte „Aufarbeitung“ heute vor allem darin, daß im Gegensatz zu 1945 eine „Importelite“ zur Verfügung steht, um die von belasteten Personen gesäuberten Positionen einzunehmen.

Am größten freilich sind die Unterschiede in der Verbrechensbilanz und den daraus erwachsenen Folgen: „Gerade das, was die nationalsozialistische Diktatur auch nach 50 Jahren noch zu einer riesengroßen Last für die nachfolgenden Generationen macht . . . , nämlich die beispiellosen, staatlich initiierten und gelenkten Massenermordungen und der von Deutschland begonnene Krieg mit seinen vielen Millionen Opfern vor allem außerhalb Deutschlands – gerade das gab es in der DDR nicht.“<sup>36</sup> Verhandelt werden heute nicht Straftatbestände wie Kriegsverbrechen oder Völkermord. SED-Funktionäre müssen nicht aus Sicherheitsgründen interniert, die PDS muß nicht verboten werden. Die Bevölkerung spaziert über den Mauerstreifen, wird aber nicht durch KZs geführt. Was also rechtfertigt vor diesem Hintergrund den Vergleich von 1989 mit 1945?

35 Vgl. u.a.: Umfragen in: Spiegel Spezial, (1992) 2, „Juden und Deutsche“, S. 61–79; für nach 1945: Anna J. Merrit/Richard L. Merrit (Hrsg.), Public opinion in occupied Germany. The OMGUS-Surveys 1945–1949, Urban u.a. 1970, S. 31–36.

36 J. Kocka (Anm. 31), S. 8.

Gemeinsamkeiten in der Ausgangslage ergeben sich vor allem aus der totalitären Herrschaftspraxis und Ideologie beider Diktaturen. Welche von beiden dabei die totalitärere gewesen sei – eine Frage der Definition des Totalitarismusbegriffs –, ist dabei zunächst zweitrangig<sup>37</sup>. Beider Politik gründete in Ideologien, die, obwohl unterschiedlich in ihren Intentionen, doch beide antidemokratisch, antiwestlich und autoritär waren. Totalitär waren sie in ihrem Anspruch auf das Wahrheitsmonopol und der damit verbundenen Absage an jeden Pluralismus. Sich ähnlich waren sie in ihrem Versprechen von Sicherheit statt Freiheit, von Harmonie statt Konflikt, von Erlösung statt politischer Alltagspragmatik. Die so begründete Herrschaftspraxis stützte sich auf Verführung, Repression und Terror, abgesichert durch eine gleichgeschaltete Presse und eine alles durchdringende Geheimpolizei. Beide Diktaturen waren Unrechtsstaaten in dem Sinne, daß sie Nicht-Rechtsstaaten waren und allgemein anerkannte Menschenrechte verachteten. Beide Diktaturen verdankten ihre Stabilität in hohem Maße einer traditionellen deutschen „unpolitischen politischen Kultur“, charakterisiert durch Anpassung, Privatismus, politische Passivität, Autoritätsgläubigkeit.

Diese Parallelen im politischen System bedingen die Ähnlichkeiten, die heute jeder wahrnehmen kann. Die Justiz steht, wie nach 1945, vor dem Problem, mit rechtsstaatlichen Mitteln Unrecht aus nicht-rechtsstaatlicher Vergangenheit aufzuarbeiten<sup>38</sup>. Wieder geht es um Befehlsnotstand, Schuld- und Einsichtsfähigkeit, um die Trennung zwischen strafrechtlicher und politischer Schuld, um die Behauptung: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“, um das Problem der Gerechtigkeit, wenn die Hauptverantwortlichen straffrei bleiben, während die unteren Chargen verurteilt werden. Wieder geht es auch um finanzielle Wiedergutmachung, die nicht angemessen sein kann. Wieder geht es um die Frage, wie man mit den ehemaligen belasteten Eliten aus Justiz, Partei- und Staatsapparat, Verwaltung und Wissenschaft den politischen und moralischen Neuanfang dokumentieren kann, ohne sie auszugrenzen.

Am deutlichsten scheint mir die Parallelität von 1945 und 1989 bei den mentalen Folgen des Systemumbruchs zu sein. Weit verbreitet ist – wie 1945 – das Gefühl, ein ehrenwerter Versuch, ein Experiment sei gescheitert, Hitler/Honecker hätten den Nationalsozialismus/Sozialismus verraten. 1948

37 Vgl. Eckhard Jesse: War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 12–23.

38 Vgl. Helmut Schulze-Fielitz, Der Rechtsstaat und die Aufarbeitung der vor-rechtsstaatlichen Vergangenheit, in: Deutsches Verwaltungsblatt, (1991) 17, S. 893–906.

meinten 57 Prozent der Befragten, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee und nur schlecht verwirklicht worden. Im Mai 1990 erklärten dies 65 Prozent der Ostdeutschen für den Sozialismus<sup>39</sup>. Letztere Haltung mag aus dessen aufklärerischen Intentionen heraus nachvollziehbarer sein, doch könnte es auch sein, daß beide Ideologien in ihrer fundamentalen Ähnlichkeit – dem Versprechen von geistiger, materieller, sozialer Sicherheit in der Volksgemeinschaft bzw. im Kollektiv bei Verzicht auf die Freiheit – bejaht wurden. Aus diesem Grunde steht die demokratische Gesellschaft, die diese Sicherheiten nicht mehr bieten kann und will, heute vor ähnlichen Herausforderungen wie 1945 – der Stabilisierung der neuen Ordnung durch ökonomischen Wiederaufbau und Demokratisierung einer Gesellschaft, die der Demokratie zumindest skeptisch gegenübersteht. Immerhin 50 Prozent der Ostdeutschen hatten im Februar 1993 Zweifel, ob die Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt ist, es wert sei, verteidigt zu werden<sup>40</sup>.

Für das eigene Verhalten werden die gleichen Entschuldigungsmuster wie nach 1945 benutzt: Man sei zu jung gewesen, um Verantwortung zu tragen, sei Idealist gewesen und/oder habe nur seine Pflicht getan, man habe von allem nichts gewußt, man habe sich um Politik nicht gekümmert usw.<sup>41</sup>. Wie nach 1945 kommt es zu eindrucksvollen Ursache-Wirkung-Verkehrungen: Wurde damals die Vertreibung nicht als Folge des eigenen Weltanschauungskrieges betrachtet, so sieht man in den heutigen Wirtschaftsproblemen nicht Transformationsprobleme der früheren ineffizienten Planwirtschaft, sondern die Folge demokratischer Politik. Kann man also aufgrund dieser Ähnlichkeiten in den Ausgangsbedingungen konkrete Lehren aus den Jahren seit 1945 ziehen?

## 2. Lehren aus der Vergangenheitsbewältigung nach 1945 für 1989

Überragende Bedeutung bei der *Unrechtsbewältigung*, wie der „Aufarbeitung der Vergangenheit“ insgesamt, kommt öffentlich geführten Prozessen zu. Das hängt einerseits damit zusammen, daß in solchen gerichtsförmigen Verfahren gegen die Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen politische Gerechtigkeit wiederhergestellt wird,

39 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Aufarbeitung der Vergangenheit im Schatten der Stasi, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. August 1992.

40 Dies., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 1993.

41 Vgl. Alexander von Plato, Eine zweite „Entnazifizierung“? Zur Verarbeitung politischer Umwälzungen in Deutschland 1945 und 1989, in: Rainer Eckert/Alexander von Plato/Jörn Schütrumpf (Hrsg.), Wendezeiten – Zeitenwende: Zur „Entnazifizierung“ und „Entstalinisierung“, Hamburg 1991, S. 7–31.

vor allem aber damit, daß Ungerechtigkeiten in diesem Bereich die gesamte „Aufarbeitung“ wesentlich diskreditieren können. Außerdem können solche Verfahren öffentlichkeitswirksam wichtige Erkenntnisse über das vergangene Regime vermitteln und damit den Mentalitätswandel befördern. Die Nürnberger Prozesse und später die Prozesse gegen das Wachpersonal von Auschwitz und Majdanek machten für alle das ganze Ausmaß der Verbrechen deutlich<sup>42</sup>. Wie nach 1945, so muß aber auch heute die anfängliche Zustimmung der Bevölkerung zu Prozessen gegen die Hauptverantwortlichen nicht nur als Bereitschaft zur „Vergangenheitsbewältigung“ sondern vor allem als Versuch der eigenen Schuldentlastung gewertet werden<sup>43</sup>.

Ähnlich ambivalent wird man den gängigen Ausspruch: „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“ bewerten müssen. Einerseits wird „Aufarbeitung“ ad absurdum geführt, wenn Hauptverantwortliche – Gauleiter bzw. Politbüromitglieder – straffrei ausgehen, während niedere Chargen – Ortsgruppenleiter bzw. Mauerschützen und IM – zur Verantwortung gezogen werden. Andererseits ist der öffentliche Prozeß um eine Denunziation geplanter „Republikflucht“ vielleicht genauso wichtig wie der gegen einen Hauptschuldigen. Verbreitet es nicht letztlich auch entschieden mehr Unbehagen, wenn freigesprochene Mauerschützen in ihren Heimatorten mit Jubel empfangen werden, als wenn der kranke Honecker den Gerichtssaal als freier Mann verläßt?

Ungerechtigkeiten durch Rechtsungleichheit können jede Aufarbeitung nachhaltig negativ beeinflussen. So wurden nach 1945 die Prozesse durch eine ungleiche Praxis in den vier Besatzungszonen generell in Verruf gebracht. Während z. B. deutsche Spruchgerichte in der britischen Zone die Angehörigen von in Nürnberg als verbrecherisch klassifizierten Organisationen verurteilten, gab es ähnliche Verfahren in den anderen Zonen nicht<sup>44</sup>. Heute beklagen die Mitarbeiter der MfS-Auslandsspionage die Ungerechtigkeit der Rechtspre-

42 Vgl. Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der BRD, München 1984; Christa Hoffmann, Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989, Bonn-Berlin 1992.

43 Jeweils drei Viertel der Bevölkerung befürworteten 1945 und 1989 eine Bestrafung der Hauptschuldigen. Für 1945 vgl. A. J. und R. L. Merrit (Anm. 35), für nach 1989 Spiegel Spezial, (1991) 1, S. 33, und E. Noelle-Neumann (Anm. 39). Nur sechs Prozent der Westdeutschen fühlten sich aber zur Zeit des Eichmann-Prozesses (Juni 1961) „irgendwie mitschuldig an den Judenvernichtungen“. Vgl. Michael Wolffsohn, Deutsch-israelische Beziehungen, 1986 zitiert in: M. Kittel (Anm. 9), S. 348 f.

44 Vgl. Heiner Wember, Umerziehung im Lager: Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991, S. 276–354.

chung, die sie verurteile, gegen Mitarbeiter des BND aber nicht ermittele.

Was den *Umgang mit den ehemaligen Eliten* angeht, so ist zunächst zu registrieren, daß heute Hermann Lübke mit seinem Votum für die stille Integration der Belasteten unter der Prämisse öffentlicher normativer Abwendung von der Vergangenheit nicht mehr allein steht. So meinte Jürgen Kocka 1991: „Es mag sein, daß unter individualmoralischen Gesichtspunkten eine Handlung problematisch und zu verurteilen ist. Es mag jedoch auch sein, daß deren Nichtaufrechnung langfristig zur Entstehung einer gesellschaftlich demokratischen Kultur beiträgt. Die Gesinnungsethik des Moralisten mag in einer bestimmten Situation nicht das beste Rezept für die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten sein.“<sup>45</sup> Schließlich habe der Friede mit den Tätern von 1933 bis 1945 „nicht verhindert, daß aus der Bundesrepublik das demokratischste Staats- und Gemeinwesen der deutschen Geschichte geworden ist und daß inzwischen eigentlich auch ein großer, breiter Konsens in der Zurkenntnisnahme und in der Ablehnung dieses Stücks der deutschen Vergangenheit entstanden ist“<sup>46</sup>.

Kann man also die Lehre ziehen, die Integration der Täter sei zumindest für eine Übergangsphase für die politische Konsolidierung des neuen Gemeinwesens wichtiger als eine moralische Erneuerung, die sich auch in einem radikalen Personalschnitt äußern müßte? Ohne eine Kontinuität der Eliten hätte es vermutlich keine so rasche Überwindung der Not der Nachkriegszeit, kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben. Zwar begründeten die ökonomischen Erfolge allein zunächst das Anfangsvertrauen in die neue Ordnung<sup>47</sup>, ohne sie aber wäre eine Zustimmung zur Demokratie noch unwahrscheinlicher gewesen. Doch sollte man nicht vergessen, die Folgekosten einer derartigen Politik in die Bilanz miteinzubeziehen: das Mißtrauen der nachfolgenden Generation gegenüber einem Staat, dessen Institutionen auch von ehemaligen Tätern und Mitläufern repräsentiert wurden, nicht zu leugnende NS-Ideologiefragmente wie Antisemitismus und Nationalismus im kollektiven Geschichtsbewußtsein<sup>48</sup>.

Was man deshalb aus der Geschichte der „Vergangenheitsbewältigung“ des Nationalsozialismus hinsichtlich des Elitenaustausches entnehmen kann,

45 Jürgen Kocka, in: *Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989* (Anm. 26), S. 186.

46 Ebd.; ähnlich C. Kleßmann (Anm. 26), S. 395.

47 Vgl. Dirk Berg-Schlosser, *Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/90, S. 33.

48 Vgl. *Spiegel Spezial* (Anm. 35).

ist vor allem das Wissen um die Unmöglichkeit befriedigender Lösungen. Adenauers Politik der Nicht-Ausgrenzung führte selbst auf längere Sicht kaum zu einer glaubwürdigen geistigen Umkehr, doch wurde die Stabilität der neuen Ordnung dadurch immerhin mittelfristig gesichert. Heute wird durch die Nicht-Integration der entlassenen bzw. dequalifizierten Juristen, Lehrer, Offiziere, der ehemaligen Mitarbeiter in Staats- und Parteiapparat sowie den Massenorganisationen<sup>49</sup>, deren Stimmen der PDS zugute kommen, weder Umkehr noch politische Stabilität erreicht, wie die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigten. Wissen kann man nach den Erfahrungen mit der „Bewältigung“ nach 1945, wie sehr Pauschalurteile den Prozeß in Mißkredit bringen, aber auch, wie schwierig das Postulat der Differenzierung umzusetzen ist.

Das Nürnberger Urteil, ausgewählte Organisationen für verbrecherisch zu erklären und andere nicht, ohne Schuld individuell zu bestimmen, führte einerseits zu vielerlei Ungerechtigkeiten. So konnte es vorkommen, daß Ortsgruppenleiter der NSDAP, die zur „Verhütung von Schlimmerem“ in diese Funktionen gedrängt worden waren, den Leidensweg durch die Internierungslager antreten mußten, während höhere Dienstgrade aus HJ, SA und Polizei nach dem Urteilsspruch aus ihnen zu entlassen waren<sup>50</sup>. Andererseits erscheinen jene Urteile im Sinne von „objektiver Kompromittierung“ gerechtfertigt: Kompromittiert ist man eben nicht erst dadurch, daß man „anderen geschadet hat“, sondern bereits durch eine bestimmte Position im Unrechtssystem.

Das führt zu der Frage, nach welchen Kriterien zwischen objektiver Kompromittierung und innerer Wende abgewogen wird? Bereits in den fünfziger Jahren war offenkundig, wie sehr diese Frage im politischen Kampf nach parteipolitischen Opportunitätsgesichtspunkten entschieden wurde. Kann man heute Globkes Anstellung mit seiner „inneren Wende“ rechtfertigen und Modrows Abgeordnetenstatus im Bundestag beklagen? So ist immerhin zu lernen, daß die gesellschaftlich akzeptierten Grenzen der Integration erst in personalisierten Skandalen abgesteckt werden. Von entscheidender Bedeutung bleibt letztlich, inwieweit die betreffenden Personen glaubwürdig in ihrer Abkehr von früheren Auffassungen wirken und wie sie zur neuen Ordnung stehen. Globke konnte auch deshalb bleiben, weil nicht nur der frühere

49 Zur vorsichtig geschätzten quantitativen Dimension vgl. Olaf Groehler, *Personalaustausch in der neuesten deutschen Geschichte*, in: *Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989* (Anm. 26), S. 175.

50 Vgl. H. Wember (Anm. 44), S. 247.

Ankläger aus den Nürnberger Prozessen, Robert Kempner, sondern auch Überlebende des Widerstandes sich für ihn einsetzten. Der niedersächsische FDP-Kultusminister Schlüter dagegen mußte 1955 zurücktreten, weil er noch 1951 den Nationalsozialismus als gesündeste Bewegung in Deutschland seit der Jahrhundertwende bezeichnet hatte<sup>51</sup>. Nach 1991 bündelten sich die Kontroversen um die Grenzen der Integration und die Grade der Belastung im Fall Stolpe, der zudem der aktuelle Beweis für die Berechtigung von Adornos Furcht war, daß das Insistieren auf der öffentlichen Aufklärung „trotzigen Widerstand und das Gegenteil dessen bewirke, was sie bewirken soll“<sup>52</sup>.

Was „lehrt“ uns die Geschichte bezüglich der Voraussetzungen und Probleme von politisch erwünschtem *Werte- und Mentalitätswandel*? Historische Wahrheit und Zerstörung aller Mythen sind die Grundvoraussetzungen eines geistigen Wandels. Nach 1945 wurde die deutsche Bevölkerung vor allem in Filmtheatern über die Konzentrations- und Vernichtungslager aufgeklärt. Die begrenzte Reichweite dieser Art Aufklärung zeigte sich frühzeitig in der Beobachtung, daß die Filme das Publikum wohl schockierten, es aber nicht von seiner individuellen oder kollektiven Schuld an diesen Verbrechen überzeugten<sup>53</sup>. Und auch die spätere intensive zeitgeschichtliche Forschung sowie öffentliches Gedenken konnten nicht verhindern, daß bis heute fast die Hälfte der Deutschen meint, der Nationalsozialismus habe „gute und schlechte Seiten“ gehabt<sup>54</sup>.

Angesichts dieser Befunde ist zur Kenntnis zu nehmen, daß das Postulat der umfassenden Aufklärung über die Verbrechen totalitärer Gesellschaften mit deren spezifischem Charakteristikum kollidiert, „die Wahrnehmung auf den eigenen Lebenshorizont egoistisch zu reduzieren“<sup>55</sup>. Eine Aufklärung, die ausschließlich auf den Terror und die Verbrechen beschränkt bleibt, prallt an der subjektiven Volksgemeinschafts-, Aufstiegs- oder Lebenszufriedenheits-Erfahrung der Menschen ab. Wird diese Alltagserfahrung nicht wahr- und ernstgenommen, so besteht die Gefahr, daß die Aufklärung über Verbrechen als einseitig und propagandistisch zurückgewiesen wird, weil ein Bild von der Vergangenheit erzeugt wird, in dem

sich die Mehrheit der Menschen mit ihren eigenen Lebenserfahrungen nicht wiederfindet.

So stößt auch die aktuelle „Aufarbeitung“ auf wenig Gegenliebe, weil das Leben der DDR-Bürger weit mehr von Kindergarten, Kinderferienlager, stabilen Mieten und festem Arbeitsplatz als von sowjetischen Speziallagern, Bautzen oder Stasi geprägt war, ganz gewiß jedenfalls nicht als „lebenslänglich Knast“ (Rainer Eppelmann) erfahren wurde. Gleichzeitig zeigen Erfahrungen aus der Geschichte, daß bestimmte Grundtatsachen individueller Verarbeitung von Systemumbrüchen zur Kenntnis genommen werden müssen. Dies betrifft zum einen die „elementare Pragmatik menschlicher Vergangenheitsbezogenheit“ (Hermann Lübbe), die sich nicht nur darin äußert, daß Menschen sich eher an das Gute erinnern und das Schlechte vergessen, sondern daß sie um ihrer psychischen Selbsterhaltung willen eine bestimmte Kontinuität im Denken und Verhalten aufrechtzuerhalten versuchen. Lernen muß man, die vielleicht dem Menschen innewohnende totalitäre Versuchung, seine individuelle Freiheit der kollektiven Sicherheit in einer geordneten und kontrollierten Welt ohne Widersprüche und Zufälligkeiten zu opfern, im Blickfeld zu behalten.

Der Mentalitätswandel hängt schließlich auch von der demokratischen Qualität der unverzichtbaren Integrationsideologien ab. Der antikommunistische Grundkonsens der früheren Bundesrepublik speiste sich nicht nur aus liberalen Motiven, sondern vorrangig aus dem Antibolschewismus der NS-Zeit, was die Kontinuität nationalistischer und rassistischer Einstellungen zweifellos begünstigte. Welche Integrationsangebote an die Ostdeutschen kommen unter diesem Blickwinkel in Frage? Der Mythos von der im Kern „anständig“ gebliebenen DDR-Bevölkerung, die in erster Linie unterdrückt, ja eingesperrt worden ist, scheint mir als eine gefährliche Selbsttäuschung unbrauchbar. Auch nationales Pathos oder der in der DDR wenn auch verordnete, so doch nicht ohne Wirkung gebliebene Antifaschismus eignen sich aufgrund spezifischer undemokratischer Implikationen – Intoleranz, Instrumentalisierung zur Sicherung undemokratischer Herrschaft – nicht. Ob der von der Enquete-Kommission beschworene „antitotalitäre Konsens“ schließlich die Menschen innerlich erreicht, will ich bezweifeln. Das Angebot, das mir am wirkungsvollsten erscheint, weil es am deutlichsten jeder Ausgrenzung widerspricht und die Menschen in ihrer Selbstachtung bestärkt, faßte der Bundespräsident Herzog in der Rede nach seiner Wahl an die Ostdeutschen gewandt wie folgt zusammen: „Sie müssen begreifen, daß sie für uns keine Last, sondern daß sie für uns ein Gewinn sind. Sie bringen unendlich

51 Vgl. M. Kittel (Anm. 9), S. 90ff.

52 Th. W. Adorno (Anm. 1), S. 143.

53 Vgl. M. Kittel (Anm. 9), S. 47.

54 Vgl. Spiegel Spezial (Anm. 35), S. 64.

55 Lutz Niethammer, Erinnerungsgebot und Erfahrungsgeschichte. Institutionalisierungen im kollektiven Gedächtnis, in: Hanno Loewy (Hrsg.), Holocaust: Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek 1992, S. 26.

viel an Erfahrungen ein, die wir im Westen nicht hatten, aus einer ganz anderen Welt, in der vieles auch humaner als bei uns gewesen ist, in der vieles ganz anders war.“<sup>56</sup>

Wie die Geschichte der Bundesrepublik gezeigt hat, erfordert die Verankerung demokratischer Einstellungen im politischen Bewußtsein der Bevölkerung den offen ausgetragenen, oft skandalförmigen Streit über das Vergangene<sup>57</sup>. Erst die

56 Zit. nach: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 48, vom 25. Mai 1994, S. 428. Daß auch Herzog mythologisiert, ist offensichtlich; vielleicht kann aber auf Mythen in der „Aufarbeitung“ nicht vollständig verzichtet werden.

57 Vgl. Karl Otto Hondrich, „Das Leben ist ein langer ruhiger Fluß...“. Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, in: Cora Stephan (Hrsg.), Wir Kollaborateure, Reinbek 1992, S. 34.

konfliktvolle Auseinandersetzung führt zur Verwandlung des vor allem ökonomisch und sozial begründeten Systemvertrauens in Loyalität gegenüber den Prinzipien einer demokratischen politischen Kultur<sup>58</sup>. Diese mehrdimensional zu führende Auseinandersetzung ist ein Balanceakt: Urteilen über das Vergangene aber nicht Moralisieren; Gerechtigkeit wiederherstellen ohne neues Unrecht zu begehen; einen Neuanfang wagen, aber die Belasteten nicht ausgrenzen; über das Vergangene Klarheit schaffen, aber nicht die Geschichte umschreiben und an der alltäglichen Lebenswirklichkeit vorbeigehen; vergeben, aber nicht vergessen; Versöhnung anstreben, aber nicht die Schuldabwehr befördern.

58 Vgl. Jürgen Habermas, Die Last der doppelten Vergangenheit, in: Die Zeit vom 13. Mai 1994.

## **Hermann Glaser: 1945: Die Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/95, S. 3-10

Nach fünfzig Jahren sich die Geschehnisse von 1945 zu vergegenwärtigen, sich an dieses wohl dramatischste Schicksalsjahr der deutschen Geschichte zu erinnern, der Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zu gedenken und Dankbarkeit für den gelungenen Neubeginn zu empfinden – all das müßte 1995 eine wichtige politische, moralische und kulturelle Herausforderung sein.

Die „letzten Tage“ des Dritten Reiches zeigten noch einmal die Verblendung und die Pervertierung eines totalitären Systems, das bar jeder Verantwortung Volk und Land in die völlige Vernichtung treiben wollte. Die „Stunde Null“ ließ dann erste Hoffnungen wachsen, daß den Noch-einmal-Davongekommenen eine Chance für ein besseres und menschlicheres Leben geboten würde – trotz anhaltender vielfacher Not und Entbehrung. Der Aufbau, der unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation einsetzte, bestätigte die Erwartungen auf Wandel und neuen Anfang.

Der Beitrag berichtet vom Untergang des Dritten Reiches und macht durch eine solche Bestandsaufnahme deutlich, warum wir von 1945 – trotz millionenfacher Flucht und Vertreibung, des Verlusts der Ostgebiete, der Spaltung Deutschlands und des Beginns einer neuen Diktatur auf deutschem Boden – letztlich doch als einem Jahr der Befreiung sprechen sollten.

## **Manfred Funke: 1945: Ein Fragment namens Deutschland. Prägekräfte im Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/95, S. 11-17

Die Summe der materiellen Zerstörung und moralischen Verwüstung schob nach der Kapitulation neue Entwicklungen eher durch den Trümmerberg hindurch, als daß die Befreiung von der Diktatur zu einem gründlichen strukturellen Neubeginn – einheitlich und ohne unterschiedliches Entwicklungstempo – insgesamt hätte genutzt werden können. Die Zögerlichkeit hatte ihren Grund nicht im mangelnden Mut der neuen politischen Führung in den Ländern. Vielmehr staute sich die Vielfalt der Aufgaben (Nahrungssicherung, Verkehrsausbau, Wohnungsnot) an der Ungewißheit über die Deutschlandpläne der Alliierten – und dies parallel zu jener Brisanz, die aus dem Gegensatz zwischen der UdSSR und den Westmächten erwuchs und die meisten Lösungsansätze für die nun beginnende „deutsche Frage“ rasch überlagerte.

Die Formierung der eigenen Besatzungszonen als Vorfeld der ideologischen Konfliktgestaltung führte im Westen zu einem steigenden Desinteresse der Besatzungsmächte an einer systematischen Entnazifizierung. Dies wiederum begünstigte eine Tendenz zur selektiven Aufarbeitung der „deutschen Katastrophe“ (Friedrich Meinecke). Begriffe wie Kollektivschuld, Kollektivscham und kollektive Verantwortung als zentrale Gestaltungsimpulse für eine neue deutsche Zukunft führten zu scharfen geistigen Auseinandersetzungen. Dem Alten noch teilweise verhaftet und dem Neuen schon zugewandt, gewann die unmittelbare Nachkriegszeit den Charakter eines Epochenbruchs, aber zugleich auch eines Wandlungsraumes, der den Austritt Deutschlands aus nationalistischen Großmachttraditionen mit eher gleitenden Zäsuren versah. Erst 1947 sorgte die definitive Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen für eine Schubwirkung, die das geteilte Deutschland einer jeweiligen Blockbindung zuführte. Während dieser Entscheidungsphase gewann in der Trizone durch eine Konvergenz der politischen Wertsysteme und durch den neuen Ausbau demokratischer Institutionen die Option für den Westen ihr prägendes Profil für die folgenden Jahre und Jahrzehnte.

## **Thomas Lutz: Historische Orte sichtbar machen. Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/95, S. 18-26

Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes sind im Nachkriegsdeutschland zugleich immer auch ein Ausdruck für den Mangel an einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Tätergesellschaft in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten und ihren unterschiedlichen politischen Vorzeichen. In den letzten 15 Jahren in der alten Bundesrepublik und seit der deutschen Vereinigung in Gesamtdeutschland hat sich allerdings eine positive Entwicklung ergeben, auch wenn diese nur von einer Minorität der deutschen Gesellschaft getragen wird. Auch nach dem Abzug der alliierten Truppen wird das Thema der NS-Verbrechen weiterhin in Deutschland auf der Tagesordnung bleiben.

Bei der Herausbildung eines Geschichtsbildes, in dem der Darstellung und dem Umgang mit der NS-Geschichte die notwendige intensive Beachtung geschenkt wird, können die Gedenkstätten auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Entscheidend wird dabei sein, daß die Gedenkstätten ihre Glaubwürdigkeit und Authentizität in der Darstellung beibehalten oder wiedererlangen können. Versuche, sie politisch zu funktionalisieren, müssen ebenso abgewehrt werden wie die Abschiebung der Beschäftigung mit den NS-Verbrechen lediglich auf diese kleinen und damit überforderten Institutionen. Weiterhin müssen die Bemühungen, die NS-Verbrechen mit dem Ziel im öffentlichen Bewußtsein zu halten, sowohl der Opfer zu gedenken als auch rechtsextreme Entwicklungen aufgrund des Lernens aus der Geschichte frühzeitig zu erkennen, Aufgabe der gesamten Gesellschaft in Deutschland bleiben. Die Gedenkstätten können mit ihrer politischen Bildungsarbeit dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

## **Bert Pampel: Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“? Kann man aus der „Vergangenheitsbewältigung“ nach 1945 für die „Aufarbeitung“ nach 1989 Lehren ziehen?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/95, S. 27-38

Bei dem Streit darüber, wie das Erbe der SED-Diktatur „aufzuarbeiten“ sei, wird immer wieder gefordert, auf die Erfahrungen mit der „Vergangenheitsbewältigung“ des Nationalsozialismus zurückzugreifen. Aber wie sinnvoll kann dieser Rekurs sein? Und was bedeutet überhaupt „Aufarbeitung“?

Der Beitrag beleuchtet schlaglichtartig die Diskussion um die „Vergangenheitsbewältigung“ des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und benennt resümierend die wesentlichen Aspekte von „Aufarbeitung“. Abschließend wird versucht, einige konkrete Lehren für die „Aufarbeitung“ nach 1989 zu ziehen, insbesondere in den Bereichen Unrechtsbewältigung, Elitenaustausch und Mentalitätswandel.